

2386

Deutscher Bauarbeiterverband

Der Weltkrieg
vom Standpunkte des deutschen
Arbeiters

Von August Winnig



Sonderdruck aus dem Jahrbuche 1914
des Deutschen Bauarbeiterverbandes

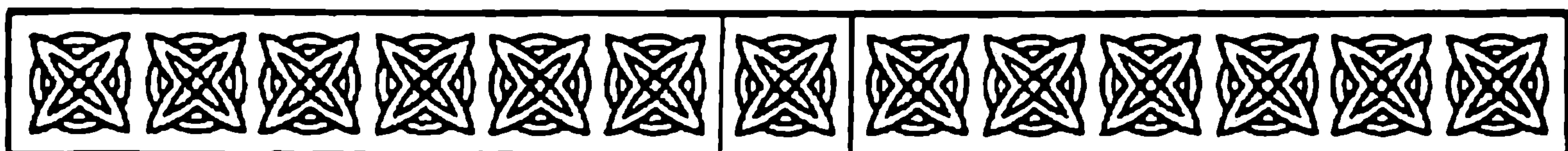


Hamburg 1915
Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband
(Fritz Paeplow)

Adm. 5. 1. 12



Druck: Hamburger Buchdruckerei
und Verlagsanstalt Uer & Co.
in Hamburg



Vorbemerkung.

Das Jahrbuch des Deutschen Bauarbeiterverbandes, für das diese Arbeit geschrieben wurde, erscheint nur in beschränkter Auflage; die Zahl derer, die Verlangen haben, vom Leben und Streben der Organisation mehr als die stark zusammengepreßten Gesamtergebnisse kennen zu lernen, ist nicht groß. Der Inhalt des Jahrbuches kommt darum nicht über einen sehr kleinen Personenkreis hinaus. Bei dieser Arbeit empfanden wir das besonders lebhaft als einen Uebelstand.

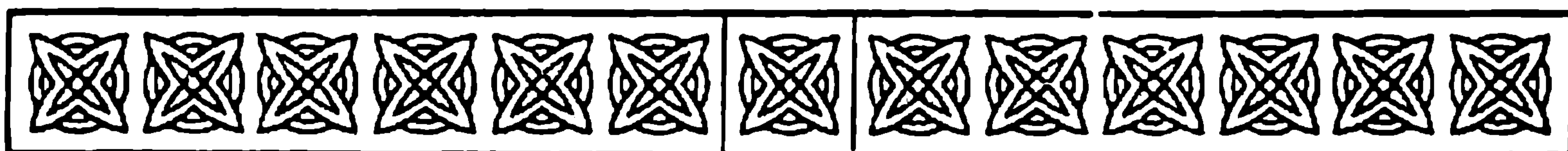
Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes hält die Stellung der deutschen Arbeiterklasse zu den Fragen, die der Krieg aufgeworfen hat, im allgemeinen für richtig. Es ist uns nicht unbekannt, daß diese Stellung nicht von allen Kollegen restlos gebilligt wird. Die vorliegende Arbeit enthält die Gedanken, auf die sich unsere Stellung gründet. Es ist zu erwarten, daß sich um das Für und Wider in dieser Frage noch ein lebhafter Meinungsaustausch entspinnen wird; diese Erwartung rechtfertigt es, wenn wir diese Gedanken allen tätigen Mitgliedern des Verbandes zugänglich machen. Zu diesem Zweck ist dieser Sonderdruck hergestellt worden.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

Ich lasse diesen Sonderdruck ohne jede Aenderung hinausgehen. Die Arbeit war bereits Anfang März abgeschlossen; es würde sich also wohl rechtfertigen, hier und da ein paar ergänzende Bemerkungen nachzutragen. Da aber für dieser Art Veröffentlichungen die Vorzensur besteht, so würde das nach den bisherigen Erfahrungen eine Verzögerung bedeuten, die ich vermeiden möchte. Hoffentlich bietet der Frieden recht bald die Freiheit, einige Fragen, die in dieser Arbeit nur andeutungsweise behandelt werden konnten, einer ausführlicheren Besprechung zu unterziehen. Der „Burgfrieden“ ist zwar unter den obwaltenden Umständen eine notwendige Sache, aber der einfache gewöhnliche Frieden ist doch besser.

Hamburg, im ersten Monat des Weltkriegs.

Der Verfasser.

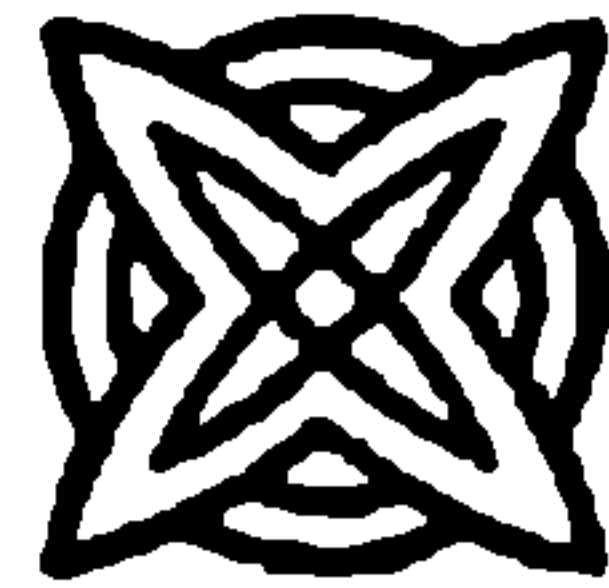


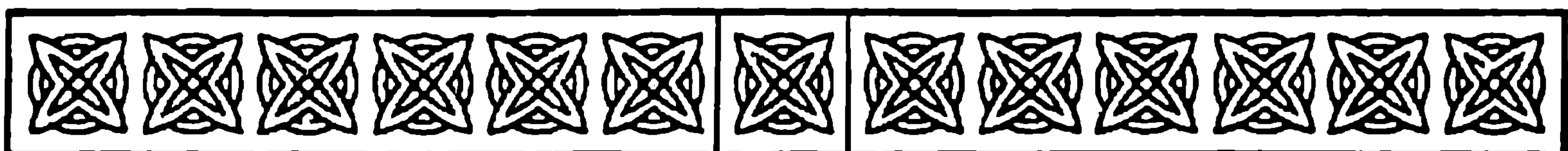
Einleitendes.

Als wir das Jahrbuch für 1913 abschlossen, hatten die ersten Donner-
schläge des Weltkrieges durch Europa. Frankreich, Rußland, England,
Belgien, Serbien und Montenegro standen gegen Deutschland und Oesterreich
im Kriege. Bald gesellte sich auch Japan zu den uns feindlichen Mächten,
und im November trat die Türkei mit einer Kriegserklärung an Rußland,
Frankreich und England auf unsere Seite. Damit griff der Krieg über
die europäischen Gebiete hinaus. Japan eröffnete die Feindseligkeiten gegen
die deutsche Besetzung Kiautschau in China; die englischen Kolonien Süd-
afrika und Australien griffen mit Land- und Seemacht die deutschen Außen-
posten an, und die Türkei trug als Vormacht des Islams den Kampf
nach Asien und Afrika. Nur die Erdteile Amerika und Australien blieben
frei von Kriegsbereignissen; in ihren Gewässern allerdings zog der Krieg
ebenfalls seine Bahnen. So ist dieser Krieg der größte, den die Erden-
menschheit jemals geführt und erlebt. Selbst die furchtbarsten Kriegszüge
der Vergangenheit schrumpfen hiergegen zu unbedeutenden Waffengängen
zusammen. Der Welteroberer Alexander verrichtete seine Großtaten auf
einem Gebiet, das heute nur ein Nebenschauplatz des Krieges ist. Die
Kriege des römischen Imperiums blieben zum größten Teil auf die Küsten-
länder des Mittelländischen Meeres beschränkt. Die furchtbaren Züge der
Hunnen durch Europa ließen die Norddeutsche Tiefebene und die Alpen-
länder ganz unberührt, bewegten sich ausschließlich auf einer verhältnis-
mäßig schmalen Bahn des mitteleuropäischen Gebirgs- und Hügellandes.
Der ganze Dreißigjährige Krieg war im Vergleich mit dem Kriege der
Gegenwart nur ein Gerauf zahlreicher Räuberbanden. Und selbst des
großen Napoleon größter Feldzug, der Zug gegen Rußland, wurde mit
einer Streitmacht unternommen, die nicht größer war als etwa die
deutschen Streitkräfte, die im November 1914 im Nierabschnitt in der
Front standen.

Diese über alles Maß hinausgehende Steigerung des Kriegsumfanges
verbinde sich mit einer fast noch gewaltigeren Steigerung der Kriegswir-
kungen. Sicherlich werden auch die Menschenverluste auf dem Schlachtfeld
und in den Lazaretten in gewaltiger Steigerung über die Wirkungen
früherer Kriege hinausgehen. Der Vervollkommnung der Kriegswaffen
folgt zwar auch die Vervollkommnung der Schutzmittel, so daß vielleicht
die schlimmsten Befürchtungen nicht zur Wahrheit geworden sind; aber ganz
zweifelloß fordert der Krieg weit, weit mehr Opfer an Menschenleben
als irgendein früherer Krieg; das folgt schon aus der ungeheuren Zahl
der Streiter, die sich hier gegenüberstehen. Wie groß diese Zahl ist, ver-

mag kein Uneingeweihter zu sagen, da jede Macht den Schleier tiefsten Schweigens darüber deckt. Sehr wahrscheinlich wird die Gesamtzahl der von den kriegsführenden Mächten Mobilisierten nicht weit von 18 Millionen entfernt sein. Ganz außerordentlich weitreichend sind die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges; sie sind für die einzelnen Länder sicherlich sehr verschieden; aber sie sind auch sicherlich in jedem Lande vorhanden und fühlbar. Jedes in den Kreis der Weltwirtschaft eingezogene Land wird davon betroffen. Am nachdrücklichsten fühlen naturgemäß die kriegsführenden Länder selbst die Wirkungen; aber auch die nichtbeteiligten, die neutralen Länder leiden, zum Teil in ganz erheblichem Maße, darunter. Ueber die Wirkungen des Krieges auf das gesamte Wirtschaftsleben, insbesondere auf das Baugewerbe und die Lage der Bauarbeiter, werden wir uns später äußern. Hier wenden wir uns zunächst zu den Ursachen des Weltkrieges.





Ursachen des Weltkrieges.

Da ist vorerst ein Vorbehalt notwendig: Nicht immer sind die unmittelbaren Zeugen eines Vorganges oder die Zeitgenossen eines großen weltgeschichtlichen Ereignisses die besten Beurteiler; oft offenbart sich das wirkliche und geschichtliche Wesen eines Ereignisses erst dann, wenn es vorüber ist, wenn sich seine Folgen einstellen oder wenn die ganze Geschichte seines Ursprungs bekannt geworden ist. Wer sich darum heute über den Ursprung des Krieges äußert, muß in sich selbst und in seinen Lesern das Bewußtsein lebendig halten, daß er nicht letzte und absolute Wahrheiten gibt, daß die Zukunft Aufschlüsse bringen kann, die sein Urteil ganz oder zum Teil hinfällig erscheinen lassen. Das gilt ganz besonders für uns Angehörige der breiten Volksmasse, die wir von den Vorgängen in den Regierungskabinetten und in den Beratungszimmern der Großbanken nur das erfahren, was der ganzen Öffentlichkeit mitgeteilt wird, während uns wichtige und oft vielleicht entscheidende Umstände unbekannt bleiben.

Es soll hier unerörtert bleiben, ob nicht auch die Kriege früherer Zeitperioden immer Auswirkungen wirtschaftlicher Gegensätze waren, ob nicht auch hinter den Kriegen, die in der Geschichtsschreibung als Religionskriege oder dynastische Kriege bezeichnet werden, wirtschaftliche Gegensätze als bestimmende Ursache standen. Das kann darum unerörtert bleiben, weil wir hier keine Philosophie der Kriegsgeschichte, sondern nur eine vom Standpunkte des deutschen Arbeiters geschriebene Würdigung des gegenwärtigen Weltkrieges geben wollen. Und für diesen Krieg steht die Spannung der wirtschaftlichen Interessen zwischen den europäischen Großmächten als entscheidende Ursache unbezweifelbar fest. Freilich treten uns die wirtschaftlichen Interessengegensätze in der Gegenwart unverhältnismäßig größer entgegen als zu je einer andern Zeit. Es ist kein Ringen um eine besonders fruchtbare Provinz oder um einen besonders wichtigen Wasserweg; es sind Gegensätze, die den Lebensnerv der Wirtschaft der beteiligten Großstaaten berühren; es ist das Ringen um die wirtschaftliche Beherrschung großer Teile des Erdballs, in letzter Linie um die Vormachtstellung im ganzen Gebiete der heutigen Weltwirtschaft.

Diese ungeheure Ausweitung der Reibungen und Gegensätze unter den Großstaaten ist ein geschichtlich bedingter Vorgang, der sich bei jedem Lande auf einer gewissen Stufe der industriellen Entwicklung einstellt.

Wir brauchen uns um die Triebkräfte der industriellen Entwicklung nicht zu bemühen, da wir diese Entwicklung deutlich genug vor uns sehen, um sie als eine feststehende Tatsache gelten lassen zu dürfen. Doch fassen wir wenigstens das eine ins Auge, daß es natürliche und gesellschaftliche

Kräfte sind, die in der ökonomischen Entwicklung wirken. Unter den natürlichen Kräften verstehen wir hier solche, die in der Natur der Menschen ihren Ursprung haben. Für die ökonomische Entwicklung kommen in Betracht die Gesetze der Fortpflanzung und Vermehrung der Menschen und bestimmte Eigenschaften des menschlichen Geistes, die Umwelt zu erkennen und durch angewandte Technik zu beherrschen. Die Vermehrung der Menschen schafft die Notwendigkeit, die zur Ernährung und zur Erhaltung im weitesten Sinne erreichbaren Güter zu vermehren, und die Beherrschung der Umwelt durch das geistgeborene technische Können die Möglichkeit dazu. So waltet in der ökonomischen Entwicklung das Grundgesetz vor, die zur Erhaltung der Bevölkerung erreichbaren Güter zu steigern und zu verbessern. Durch die ganze Weltgeschichte läßt sich die Wirksamkeit dieses Grundgesetzes erkennen. Anders ausgedrückt heißt es: Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit. Die gesellschaftlichen Kräfte entstehen durch das Gemeinschaftsleben der Menschen. Es bilden sich Regeln des Verkehrs und der Beziehungen, Regeln ökonomischer, rechtlicher und geistiger Art, die wiederum von sich aus Gesetze entwickeln, die für den Ablauf der geschichtlichen Zeitperioden bestimmend werden. Die ökonomische Entwicklung ist immer das Ergebnis sowohl der natürlichen wie der gesellschaftlichen Kräfte. Sie hat jetzt das Zeitalter des Industrialismus herbeigeführt, dessen Wesen in einer bis dahin unerreichten Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit besteht und der das Vorhandensein großer freier Werte — Kapitalien — und eine bisher ebenfalls unerreichte Beweglichkeit des Verkehrs der Menschen und Güter voraussetzt.

Der Industrialismus, das heißt ein Wirtschaftszustand, unter dem die Mehrheit des Volkes ihren Erwerb nicht in der Bebauung des Bodens, sondern in der Verarbeitung von Rohstoffen findet, beruht auf zwei Voraussetzungen, die für unsere Untersuchung von Bedeutung sind, nämlich auf der Zufuhr der von der Industrie benötigten Rohstoffe und auf dem lohnenden Absatz der verkaufsfertigen Produkte. Jedes Industrieland ist beim Bezug von Rohstoffen auf das Ausland angewiesen; keines kann die Rohstoffe, die seine Industrie braucht, vollständig in der eigenen Urproduktion gewinnen. Manche Rohstoffe sind im eigenen Lande überhaupt nicht zu erzeugen, andere nicht in der genügenden Menge. Der Industriestaat ist also mit seiner Wirtschaft von den Produkten anderer Länder abhängig. Er bedarf der Einfuhr von Faserstoffen, Wolle, Baumwolle, Seide, Jute für seine Gewandindustrie, der Einfuhr von Pflanzen- und Mineralölen, von Kupfer und Zinn, von Kautschuk und Guttapercha, von Häuten und Fellen und manchen andern Produkten. Sobald die Zufuhr dieser Rohstoffe stockt, steht der wichtigste Teil seiner Wirtschaft in Gefahr. Zugleich aber wird die Beschaffung solcher Rohstoffe zu einem vorteilhaften Handelsgeschäft. Das in der Wirtschaft vorhandene freie Kapital, gebildet aus dem Mehrwert der menschlichen Arbeit, wendet sich diesem Handel zu. Soweit es den Bedarf an Rohstoffen aus den erreichbaren Mengen decken kann, hat

Rohstoffe

es nur die Aufgabe, die nötigen Mengen zu kaufen und an den Ort ihrer Verarbeitung zu schaffen. Aber für viele Rohstoffe ist ein größerer Bedarf vorhanden, als mit den erreichbaren Beständen gedeckt werden kann. Nun müssen auch die fehlenden Mengen beschafft werden. Das Handelskapital wirft sich nun darauf, die Rohstoffproduktion in den dazu geeigneten Ländern zu heben. Wo es in diesen Ländern selbst eine kapitalistische Produktion vorfindet, kann es sich damit begnügen, diese finanziell und technisch zu fördern; daneben wird es natürlich darauf bedacht sein, seine auf solche Weise angelegten Werte sicherzustellen und sich sowohl vor der Willkür der Landeseinwohner wie vor der Konkurrenz fremden Kapitals zu schützen. Das Kapital drängt zu politischem Einfluß, trachtet danach, die öffentliche Gewalt des Rohstofflandes in seine Hand zu bringen. Hinter dem Kapital des Industrielandes aber steht auch dessen Staatsgewalt, die sich der Interessen des Kapitals annimmt, sie fördert und stützt. So entstehen politische Interessen der Industrieländer in weitabgelegenen Gebieten der Erde; sie wachsen einfach mit Selbstverständlichkeit aus den Lebensinteressen der Industrieländer empor.

Wo jedoch das nach Rohstoffen suchende Handelskapital auf Produktionsländer ohne entwickelte Volkswirtschaft und ohne feste staatliche Organisation stößt, wird es sich vielfach anderer Mittel bedienen müssen, um zu seinem Ziel, den wichtigen Rohstoffen, zu gelangen. Hier muß es selbst eingreifen; hier kann es sich nicht mit der finanziellen und technischen Förderung der Produktion begnügen, da diese hier auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden muß und da auch die staatliche Organisation fehlt, die allein Sicherheit der Person und des Eigentums gewähren kann. Hier tritt das Kapital oder die Staatsgewalt des Industrielandes als Eroberer auf. Die Rohstoffländer werden als Schutzgebiete oder Kolonien der Verwaltung des Industrielandes unterstellt, die sie durch Anlage von Straßen und Bahnen, von Häfen, Kanälen, Post- und Telegraphenanstalten einem geordneten Verkehr öffnet, ihre Produktion durch planmäßige Bodenkultur steigert, sie durch Einrichtung von Verwaltungsbehörden politisch organisiert, durch Einführung von Gesetz- und Rechtspflege den Zustand der Rechtssicherheit schafft und durch Unterrichtsanstalten und Gesundheitspflege die Eingeborenen für die neuen Verhältnisse erzieht. So entstehen abermals politische Interessen der Industrieländer in weitabgelegenen Gebieten der Erde. Auch diese Interessen hängen ursächlich mit den ökonomischen Lebensinteressen der Industrieböller zusammen.

Neben dem Bedürfnis der Industrieländer nach Rohstoffen ist für ihre Beziehungen zum Auslande mitbestimmend das Streben nach Erweiterung der Absatzgebiete für ihre Industrieerzeugnisse. Eine Industrie mag die vollkommensten Maschinen, die geschultesten Ingenieure, Chemiker und Arbeiter, die reichlichsten und besten Rohstoffe und eine genügende Menge freier Werte haben, sie würde doch nicht bestehen können, sondern zugrunde gehen müssen, wenn sie nicht auch die Möglichkeit hätte, die hergestellten Waren zu ver-

kaufen. Ein Industriestaat kann aber nicht nur von dem Warenverkauf im eigenen Lande leben. Es ist ja eben das Wesen des Industrialismus, daß die Mehrheit der Bevölkerung eines Landes von der industriellen Produktion lebt. Sie muß davon leben, weil ihre Lebensbedürfnisse von den Erträgen des eigenen Bodens nicht mehr gedeckt werden können. Sie muß Nahrungsmittel, Fleisch und Früchte aus dem Auslande kaufen und muß darum selbst Industrieerzeugnisse verkaufen, um die vom Auslande bezogenen Nahrungsmittel bezahlen zu können. Je mehr ihr Bedarf an Lebensmitteln steigt — sei es durch die Bevölkerungsvermehrung, sei es durch die Annahme einer höheren Lebensführung —, um so mehr Nahrungsmittel muß sie vom Auslande kaufen; aber um so mehr muß sie auch darauf bedacht sein, den Absatz ihrer Industrieprodukte zu steigern. Das zwingt die Industriebölker, im Auslande nach neuen Absatzgebieten zu suchen. Aber auch deren Gewinn ist von einer bestimmten politischen Geltung abhängig. Den Absatz erreicht, wer die Handelswege beherrscht, wer die Verkehrsmittel: Häfen, Bahnen, Straßen, Kanäle usw., in der Hand hat, wer über die Macht verfügt, dem Handelsgut Rechtsicherheit zu gewähren und es vor Benachteiligungen und Willkürakten zu schützen.

Diese Untersuchung zeigt uns, daß mit den wirtschaftlichen auch die politischen Interessen der Industriestaaten über die nationalen Grenzen hinauswachsen, daß die Industriestaaten einem natürlichen Drange ihres wirtschaftlichen Wesens folgen, wenn sie auch ihren politischen Einfluß auf die übrige und insbesondere noch agrarisch bewirtschaftete Welt auszudehnen suchen. Da aber jeder Staat hierbei seinen eigenen Interessen folgt und für seine Wirtschaft soviel wie möglich gewinnen will, so liegt immer die Möglichkeit vor, mit andern Staaten zusammenzustößen. Je weiter aber diese Tendenzen wirken, je stärker und umfassender dieser Ausdehnungsdrang wird, um so mehr wird die Möglichkeit zur Wahrscheinlichkeit, bis schließlich die Gefahr des bewaffneten Zusammenstoßes der Normalzustand der politischen Welt wird, wo dann ein Funke genügt, um die gespannte Atmosphäre zur Entladung zu bringen.

Hier haben wir den Untergrund der Kriegsgefahr, die Europa — und mehr als Europa — seit einem Jahrzehnt nicht zur Ruhe kommen ließ und die nun — allerdings unter der Mitwirkung vieler Nebenumstände und zeitlicher und räumlicher Besonderheiten — den größten Krieg der Weltgeschichte hat zur Tatsache werden lassen.

Wenden wir uns den hauptsächlichsten dieser zeitlichen und räumlichen Besonderheiten zu.

Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft nahm nach dem Kriege von 1870/71 ein bis dahin unerhört schnelles Tempo an. Die Einigung Deutschlands schuf ein großes einheitliches Wirtschaftsgebiet, in dem sich die Volkswirtschaft, ohne durch künstliche Schranken getrennt zu werden, ausdehnen konnte. Daneben wirkten auch die Milliarden der französischen Kriegsschädigung anregend. So schritt das deutsche Wirtschaftsleben seit

1871 mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts. Daß sollen einige Zahlen dartun. Im Jahre 1830 zählte das heutige Gebiet des Deutschen Reiches 29 Millionen Einwohner; diese Zahl stieg im Laufe von 40 Jahren, also bis zum Jahre 1871, um rund 12, also auf 41 Millionen, aber in den 40 Jahren von 1871 bis 1911 um rund 25, also auf 66 Millionen. Auf 1 qkm kommen Einwohner im Jahre 1871: 75,9, im Jahre 1910 aber 120. Diese Bevölkerungszunahme steht in unmittelbarstem Zusammenhange mit der wachsenden Industrialisierung Deutschlands. Von hauptberuflich erwerbstätigen Arbeitern beider Geschlechter entfielen

	1882	1895	1907
	(Personenzahl in Millionen)		
auf Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	5,88	6,62	7,28
„ Industrie, Berg- und Hüttenwesen, Baugewerbe..	4,09	6,95	8,59
„ Handel und Verkehr.....	0,72	1,23	1,95

Von der gesamten bei den Berufszählungen ermittelten Bevölkerung entfielen

	1882	1895	1907
	(von je 1000)		
auf Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	425	357	286
„ Industrie, Berg- und Hüttenwesen, Baugewerbe..	355	391	428
„ Handel und Verkehr.....	100	115	134

Leider stehen uns die Vergleichszahlen für weiter zurückliegende Jahre nicht zur Verfügung, sonst würde der stürmische Aufschwung der deutschen Industrie noch deutlicher werden. Für einige wichtige Produktionsgebiete kann man jedoch weitere Nachweise führen. So zum Beispiel für die Kohlenförderung. Die mittlere Belegschaft der Steinkohlengruben betrug im Jahre 1860 83 000, im Jahre 1890 262 000 und im Jahre 1911 600 000 Köpfe; die Menge der geförderten Steinkohlen betrug in den drei genannten Jahren 12,3, 70,2 und 158,5 Millionen Tonnen, der Wert der Förderung 79,1, 538,0 und 1574,7 Millionen Mark. Für die Braunkohlenförderung sind die entsprechenden Zahlen: Belegschaft 19 000, 33 000 und 57 000 Köpfe; Förderungsmenge 4,3, 19,0 und 71,6 Millionen Tonnen; Förderungswert 13,2, 49,8 und 160,4 Millionen Mark. Die Förderung an Eisenerzen betrug (in den Jahren 1860, 1890 und 1911) 1,4, 11,4 und 24,3 Millionen Tonnen, ihr Wert (bei sinkender Preisbewegung) 7,8, 47,8 und 98,7 Millionen Mark. Die Eisenproduktion der deutschen Hochofen betrug in den gleichen Jahren 0,53, 4,65 und 10,87 Millionen Tonnen.

Gedenken wir der gewaltigen Steigerung des Handels und des Verkehrs, insbesondere des überseeischen Verkehrs, die sich zwar nicht in der Zahl der Schiffe ausdrückt (die ist infolge der Verdrängung der Segelschiffe durch die großen Dampfer sogar gesunken), die uns aber offenbar wird, wenn wir wissen, daß der Nettoraumgehalt der deutschen Seeschiffe seit dem Jahre 1871 von 0,98 auf 2,65 Millionen Tonnen gestiegen ist. Am sichtbarsten wird der Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft in den Zahlen des auswärtigen Handels. Der besseren Vergleichbarkeit wegen halten wir uns hier an die Zahlen über den Spezialhandel, worin die in den freien Verkehr

und zur Veredelung eingeführten und die in den freien Verkehr ausgeführten Waren enthalten sind, während also die durch Deutschland bloß durchgeführten Waren fehlen. Der auswärtige Handel Deutschlands dieser Art betrug:

Im Jahre	Einfuhr (in Millionen Mark)	Ausfuhr	Im Jahre	Einfuhr (in Millionen Mark)	Ausfuhr
1889	4087,0	3258,4	1910	8934,1	7474,7
1899	5783,6	4368,4	1911	9705,7	8106,1
1904	6854,5	5315,6	1912	10691,4	8956,8
1908	7666,6	6399,2	1913	10770,3	10096,5
1909	8526,9	6594,2			

Diese Zahlen zeigen uns den gewaltigen Aufschwung des deutschen Handels in dem letzten Vierteljahrhundert. Sie zeigen uns also, daß die auf den vorausgehenden Seiten geschilderte Ausweitung der wirtschaftlichen Interessen und der politischen Einflußnahme nun auch für Deutschland eintrat, nach den Gesetzen der politischen Ökonomie eintreten mußte. Eine solche Industrie und ein solcher Handel können nicht mehr innerhalb der nationalen Grenzen bleiben, sie müssen Raum zur Ausdehnung und Entfaltung haben, wenn sie nicht ersticken sollen.

So begann das Zeitalter der deutschen Weltpolitik, die an sich nur der Ausdruck der deutschen Weltwirtschaft war.

Damit aber berührte Deutschland die Interessen anderer Länder, vor allem die Interessen Englands.

Es ist notwendig, die Entwicklung Englands im letzten Jahrhundert etwas näher anzusehen. Schon im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert schickte sich England an, die Vormacht in der Weltwirtschaft, vor allem aber im Welthandel zu werden. Spanien war von der stolzen Höhe, die es im sechzehnten Jahrhundert erreicht hatte, in den Abgrund der Bedeutungslosigkeit gestürzt, die Niederlande und die skandinavischen Reiche hatten den Vortritt abgeben müssen, einzig noch Frankreich erschien als ein ernstlicher Rivale um die Herrschaft auf dem Meere. An Deutschland war in diesem Zusammenhange gar nicht zu denken; seine nationale Zerrissenheit und wirtschaftliche Rückständigkeit machten es zu einem selbständigen Auftreten in der europäischen Politik unfähig. Das alte Kaiserreich, einst der Mittelpunkt der abendländischen Macht, war zu einer zusammenhanglosen, ohnmächtigen Masse von Staaten und Herrschaften geworden, die sich untereinander raufen und ihre Degen bald für Frankreich, bald für England zogen. Frankreich dagegen, das verhältnismäßig früh zur nationalen Einheit und damit zur Herausbildung einer starken Zentralgewalt und einer einheitlichen Wirtschaftspolitik gekommen war, erschien für die englische Vormacht als die größte Gefahr. Als sich dann Nordamerika seine Unabhängigkeit erkämpfte, war der englische Welthandel geradezu in Frage gestellt. Es war keineswegs himmelblaue Freiheitsliebe, was Frankreich für die Unabhängigkeit Nordamerikas begeisterte, sondern die Einsicht, daß damit der Rivale auf der andern Seite des Kanals einen schweren Schlag erhielt.

Die Wirren und Kriege, die im Gefolge der französischen Revolution ausbrachen, boten dann aber für England die ersuchte Gelegenheit, den gefährlichen Mitbewerber um die Vorherrschaft zur See niederzuschlagen. In einem länger als zwanzig Jahre währenden Kriege verblutete sich Frankreich gegen England und die von ihm geschaffenen Koalitionen, und Englands Seeherrschaft war damit gesichert.

Und England wußte sie zu nutzen. Es wurde mehr und mehr der Beherrscher des Handels, es wurde die größte Kolonialmacht und es wurde alsbald auch der größte Industriestaat der Welt. Seine in allen Weltteilen liegenden Kolonien lieferten dem Mutterlande die Rohstoffe für die immer stuppiger blühende Industrie, deren Erzeugnisse eine riesige Handelsflotte über die ganze Welt führte und dafür ungeheure Reichtümer in das Land zurückleitete. England war der Mittelpunkt der Welt, von deren Ausbeutung es lebte. Der überwältigende Reichtum, der so in das Land strömte, kam zu einem Teil auch der englischen Arbeiterschaft zugute. Die heftigen Verfolgungen der Gewerkschaften hörten auf, da der gewaltige Profit die Mittel bot, den Arbeiterforderungen entgegenzukommen. Man gewährte den Arbeitern nicht nur auskömmliche Löhne, sondern auch Freiheit der Organisation und einen allerdings vorsichtig bemessenen Anteil an den politischen Rechten. Unter der Wirkung dieses Zustandes bildete sich der geschichtsnotorische Charakter des englischen Arbeiters als eines braven, tugendhaften, respektablen Musterknaben heraus, der den festländischen Arbeitern so oft als das würdige Vorbild empfohlen wurde.

Aber dieser angenehme Zustand blieb nicht für alle Ewigkeit so. Auch auf dem Festlande stand die Entwicklung nicht still. In einzelnen Ländern entstanden Industrien, die der englischen Industrie mehr und mehr den Markt streitig machten. Zunächst beanspruchten diese Industrien ihren Inlandsmarkt für sich. In dem gleichen Umfange, wie sie ihn eroberten und dadurch das englische Absatzgebiet einschränkten, machte sich in England das Bestreben geltend, die dort verlorenen Positionen durch Gewinne an anderer Stelle wieder auszugleichen. England begann seine großzügige afrikanische Politik, die ihm Ägypten, dann das bursische Südafrika einbrachte. Aber die Folgen und Begleiterscheinungen jeder in so große gehenden industriellen Entwicklung, wie sie auf den vorausgegangenen Seiten geschildert sind, machten sich nun auch für die Länder bemerkbar, in denen sich eine entwicklungsfähige Industrie herausgebildet hatte. Auch sie sahen sich vor die Aufgabe gestellt, sich Rohstoffländer für ihre Industrie und Absatzgebiete für ihre Industrieerzeugnisse zu sichern.

Hier bildete sich nunmehr der Untergrund des Gegensatzes zwischen Deutschland und England heraus.

Von den jungen Industriestaaten des Festlandes hat keiner eine so außerordentlich schnelle Entwicklung gesehen wie eben Deutschland. Wir müssen die Ursache davon vornehmlich in der starken Bevölkerungsvermehrung sehen: die steigende Schwierigkeit, die wachsende Bevölkerung mit

den Erträgen des eigenen Bodens zu ernähren, zwangen die deutsche Volkswirtschaft dazu, durch Herstellung und Verkauf von Industrieerzeugnissen die Möglichkeit zu schaffen, die notwendige Menge an Bedarfs Gütern aus Ländern mit einem Ueberschuß an agrarischen Produkten zu kaufen. Diese Entwicklung wurde ermöglicht und begünstigt durch den Reichtum des deutschen Bodens an Kohle und Eisen. So strebte also auch Deutschland in die Weite und fing an, dem Zuge seiner Wirtschaft folgend, Weltpolitik zu treiben. Damit mußte der Zeitpunkt kommen, wo die deutschen und englischen Interessen zusammenstießen.

Der Konflikt entstand bald in Kleinasien. Hier wollte sich Deutschland durch den Bau der Bagdadbahn ein Ausfallstor nach dem Lande an Euphrat und Tigris und nach dem persischen Golf schaffen. Damit aber schob sich Deutschland mitten zwischen zwei Hauptsitze der britischen Kolonialmacht: Ägypten und Indien. Das Gelingen der deutschen Absichten hätte eine Stärkung der Türkei bedeutet, hätte weiter den Suezkanal, die Schlagader des britischen Verkehrs nach Indien, eingeschnürt und gefährdet. Eine zweite deutsch-englische Reibungsfläche ergab sich in Zentralafrika, wo Deutschland nach einer Verbindung seiner ost- und westafrikanischen Kolonien strebte und damit die englischen Pläne auf eine Nord-Südverbindung von Kairo zum Kap durchkreuzte.

So standen die deutsch-englischen Interessen an zwei Punkten in scharfem Gegensatz.

Der ältere Gegensatz zwischen der englischen und russischen Politik wurde durch die Schwächung Rußlands in dem mit englischem Gelde geführten russisch-japanischen Kriege insofern ausgeschaltet, als dadurch Rußland bestimmt wurde, den englischen Plänen in Asien zuzustimmen, was durch den englisch-russischen Vertrag über die Teilung Persiens geschah.

Dies Verhältnis komplizierte sich durch die Haltung Rußlands. Die russischen Bestrebungen gehen seit Jahrhunderten auf die Schaffung eines eisfreien Zugangs zum Weltmeer. Weder Archangelsk noch Wladiwostok sind eisfreie Häfen. Die Ostseehäfen aber können im Kriegsfall durch die Seeherrschaft Deutschlands in der Ostsee geschlossen werden. An Norwegen wagte sich Rußland nicht heran, obwohl es sich auch auf diese Möglichkeit vorbereitete. So kam es auf den alten russischen Traum von der Herrschaft über den Bosporus und die Dardanellen zurück. Der Besitz Konstantinopels war das Ziel der russischen Politik. Das war nur durch die Verschlagung der europäischen Türkei zu erreichen, der Türkei, deren Stärkung die notwendige Voraussetzung des Gelingens der deutschen Absichten war. Aber auch hier war eine zweite Ursache zu scharfen Gegensätzen gegeben. Zur Sicherung des Besitzes der Dardanellen strebte Rußland nach der Vorherrschaft auf dem Balkan. Darum begann und bevormundete es die Balkanstaaten, die sich daran gewöhnten, in Rußland den großen, mächtigen Beschützer zu sehen. Hier stieß es auf die habsburgische Monarchie, deren traditionelle Balkanpolitik mit den deutschen

Interessen übereinstimmte: die Orientpolitik Deutschlands stieß bei einem russisch beherrschten Balkan auf die größten Schwierigkeiten; anderseits war Oesterreich wirtschaftlich und politisch stark an dem Gelingen der deutschen Orientpläne interessiert, die auch seiner fränkischen Industrie neue Impulse geben und seine politische Stellung auf dem Balkan stärken mußte.

Beide, Rußland sowohl wie England, ehemals die Gegenpole in der europäischen Politik, waren somit durch reale Interessen gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn verbunden. Die dritte an diesem Kriege beteiligte Großmacht, Frankreich, hatte sich zwar durch das für sie höchst zweifelhafte marokkanische Geschenk Englands für die Zwecke Englands und Rußlands einfangen lassen, im übrigen bestand aber nichts, was einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland hätte verursachen können, nichts als die alte Sehnsucht nach Revanche für 1870, die zur Ursache der dauernden deutsch-französischen Feindschaft und des russisch-französischen Bündnisses geworden war. Seit den Balkankriegen trieben diese Gegensätze zur Entladung. Die Schwächung der Türkei war für Deutschland und Oesterreich eine peinliche Sache, immerhin war das schlimmste, die Aufteilung des europäischen Besitzes des Osmanenreiches, durch das diplomatische Dazwischentreten Deutschlands verhindert worden. Nun rüstete Rußland mit fieberndem Eifer und veranlaßte höchstwahrscheinlich auch Frankreich zur Einführung der dreijährigen Dienstzeit, worauf Deutschland mit der Erhöhung seiner Friedenspräsenz um 130 000 Mann antwortete und auch Oesterreich eine Vermehrung seiner Rüstungen herbeiführte. Während England angesichts der stark gewachsenen deutschen Flotte sich mit dem Gedanken eines schiedlich-friedlichen Ausgleichs mit Deutschland abzufinden begann, war Rußland, zum Teil aus Gründen seiner inneren Politik, entschlossen, die Frage der Herrschaft über Balkan und Dardanellen jetzt zur Entscheidung zu bringen. Zu Anfang des Jahres 1914 war es nur zweifelhaft, wann der Krieg kam; daß er einmal kam, dieser Ursachen wegen kam, war eine von allen politisch unterrichteten Kreisen gefühlte Gewißheit. Das Attentat von Serajewo war der Zufall, der dem lange schwankenden Gebäude des Friedens den letzten Stoß gab.

Es ist zwecklos, der unmittelbaren Veranlassung des Krieges nachzugehen. Alles, was an diplomatischen Urkunden über diese Frage veröffentlicht worden ist, hat lediglich den Zweck, die eigene Regierung von Schuld und Fehle freizusprechen und der Gegenseite alle Verantwortung für den Krieg aufzubürden.* Das gilt für die Veröffentlichungen aller Staaten. Man kann sie darum außer Betracht lassen. Mag Deutschland schließlich auch den Krieg an Rußland und Frankreich erklärt haben und insofern als Angreifer erscheinen — der geschichtliche Zusammenhang kann durch solche Neußerlichkeiten nicht verwischt werden. Und der geschichtliche

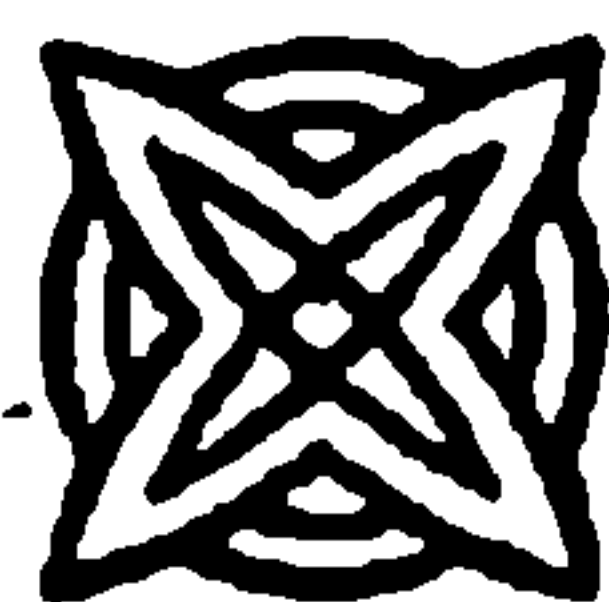
* Ueber die politischen Einzelheiten bringt die vortreffliche politische Studie von Paul Lensch: Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg, Berlin 1915, wertvolle Hinweise; manchen ihrer Schlüsse hat sich auch diese Arbeit zu eigen gemacht.

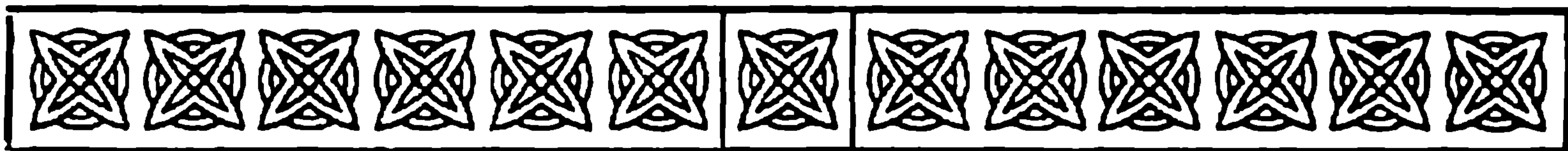
5650!

zuweilen
Wort!

Zusammenhang zeigt, daß gerade Deutschland keine Ursache hatte, den Krieg zu suchen. Seine Industrie blühte immer üppiger auf, sein Handel stieg von Jahr zu Jahr — was hätte es lebhafter wünschen können, als auch ferner freie Bahn für diese friedliche Ausweitung seiner Wirtschaft? Zudem mußte die deutsche Regierung wissen, gegen welche Koalition der Kampf zu führen war, daß auf der andern Seite eine unerhörte Uebermacht stand: es wäre nicht nur Verbrechen, sondern Wahnsinn gewesen, unter solchen Umständen den Krieg zu suchen.

jochen!





Der Krieg und das Volk.

Der Krieg fand das deutsche Volk einig in dem festen Willen, seine Unabhängigkeit und seine künftige Lebensmöglichkeit bis auf's äußerste zu verteidigen. Diese Tatsache fand ihren erhebendsten Ausdruck in der einmütigen Zustimmung des Reichstages zu den angeforderten Kriegskrediten. Auch die Arbeitervertreter stimmten dafür unter Abgabe einer Erklärung, die ihrer geschichtlichen Bedeutung wegen auch hier ihren Platz finden möge:

Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze unter den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft, und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Rundgebungen in allen Ländern, namentlich in innigem Einvernehmen mit den französischen Brüdern, für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.

Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind. Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und die Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, und denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu diesen werden sich bald Zehntausende Vermundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermessliche Not zu lindern, erachten wir als eine zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machten wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes. Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu

vor dem Kriege wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird.

Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite.

Diese Abstimmung wie überhaupt die Haltung der Organe der Arbeiterbewegung ist später viel und lebhaft angegriffen worden. Man muß anerkennen, daß in dieser Haltung eine Abkehr von gewissen Pfaden der Agitation liegt; aber man muß anderseits mit allem Nachdruck aussprechen, daß sie keine Aufgabe der bisher allgemein anerkannten Grundsätze und Ziele der Arbeiterbewegung darstellt, obwohl sie das Verhältnis der Arbeiterschaft zur Staatsgewalt und ihren Trägern in einigen Punkten geändert haben dürfte. Da diese Frage die Arbeiterbewegung noch viel beschäftigen wird, so sei ihr eine kurze Betrachtung gewidmet.

Wir wissen, daß das Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Staatsgewalt immer unbefriedigend und oft gespannt war. Wenn sich dies Verhältnis von den Zuständen in England oder in Frankreich oder in den skandinavischen Ländern um einige Abschattungen unterschied, so hat das seine geschichtlichen Gründe. Während sowohl in England wie in Frankreich die Warenproduktion und die geldwirtschaftliche Verfassung des ökonomischen Lebens bereits im 17. und 18. Jahrhundert zur Herausbildung des bürgerlichen Verfassungsstaates führte, begann die gleiche Phase der Entwicklung für Deutschland erst gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts, als sich neben dem Bürgertum bereits starke Ansätze des Industrieproletariats zeigten. Diese Tatsache war der Umwandlung des alten Ständestaats zu einem modernen Verfassungsstaat nicht günstig, da sie die treibende Kraft in diesem Umwandlungsprozeß, das Bürgertum, veranlaßte, nicht nur Sicherungen gegen die Vergangenheit, sondern auch gegen die Zukunft, die sich in diesem stark wachsenden Industrieproletariat anmeldete, zu schaffen. So war das Staatsgebilde, das aus diesem Umwandlungsprozeß hervorging, eine Halbheit, ein Kompromiß zwischen dem Staatsgedanken der feudalistischen und dem der kapitalistischen Epoche.

Nichts war natürlicher, als daß sich die Arbeiterklasse, sobald ihre politische Geburtsstunde geschlagen hatte, gegen diese Halbheiten wandte, die in erster Linie ihre, der Arbeiterklasse, Entfaltung und Bewegungsfreiheit hemmten. Damit aber war der politische Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Staatsgewalt gegeben, der sich notgedrungen um so schärfer zuspitzen mußte, je mehr die wirtschaftliche Entwicklung die Masse des Proletariats anschwellen ließ.

Zu diesem politischen Gegensatz kam aber bald ein nicht weniger lebhaft gefühlter Gegensatz der ökonomischen Interessen. Die deutsche Arbeiterklasse schuf sich ihre wirtschaftliche Organisation zur gleichen Zeit, wo die deutsche Industrie um ihren Anteil an dem Weltmarkte kämpfte. Und dieser Kampf war nicht leicht; die junge deutsche Industrie mußte ihn führen gegen die ältesten und stärksten Industriemächte der Welt, vor allem gegen die alles beherrschende Industrie Englands. Je mehr dieser Kampf sie in Anspruch

Mittelklasse - Staat

nahm, um so schärfer wendete sie sich gegen die Arbeiterklasse, die sich in ihren Gewerkschaften lebensfähige Organe des Kampfes für wirtschaftliche Besserstellung geschaffen hatte.

Aus dieser geschichtlichen Situation muß man das Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Staatsgewalt beurteilen. Diese Situation führte Ende der siebziger Jahre zu dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ und später in den achtziger und neunziger Jahren zu den Versuchen, das Koalitionsrecht einzuschränken.

Aber diese Situation und ihre Ausstrahlungen in Gesetzgebung und Verwaltung mußte auch das Wesen der Arbeiterbewegung tiefgehend beeinflussen. Das Ergebnis war ein scharfer Radikalismus, der in Haltung und Gebärde alles ablehnte, was mit Bürgertum und Staatsgewalt zusammenhing. Das Sprichwort: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es wieder heraus, gilt auch für das Verhältnis der Klassen.

Von diesem Vorstellungskreise ausgehend, erscheint die Haltung der Arbeitervertreter im Reichstage, erscheint die Haltung der Arbeiterorganisationen und ihrer Presse als ein glatter und jäher Bruch mit der Vergangenheit. Dagegen läßt sich nichts vorbringen. Ton und Inhalt der landläufigen Agitation lassen sich mit dieser Haltung nicht vereinbaren. Es ist gewiß bemerkenswert, daß autoritative politische Vertreter der Arbeiterklasse bei mancher Gelegenheit versicherten, die Arbeiter würden in der Stunde der Gefahr das Land verteidigen wie jeder andere Bürger, es ist bemerkenswert genug, um einige solcher Stimmen hier anzuführen; aber nichtbestominder blieb die Vorstellungswelt der Arbeiterschaft, soweit sie eben in der Agitation zum Ausdruck kam, von den geschilderten Reflexen der Aechtungspolitik beherrscht. Derselbe Wilhelm Liebknecht, der im Jahre 1870 den Kriegskrediten seine Zustimmung versagte, versicherte selbst in der Zeit des Ausnahmegesetzes (in der Reichstagsitzung vom 28. November 1888):

„Greift uns Frankreich an, dann ist keine Partei in Deutschland, auf die es rechnen kann, und dann ist der letzte Sozialdemokrat in Deutschland verpflichtet, gegen den Angreifer zu marschieren.“

Und in der Etatsdebatte am 3. Dezember 1890 bekräftigte Auer diesen Standpunkt:

„Wir haben das schon oft erklärt, und auch ich kann erklären, daß wir bereit sind, dem Vaterlande gegenüber ganz dieselben Pflichten zu erfüllen, wie jeder andere Bürger.“

Am bekanntesten aber ist die Erklärung Bebel's in seiner berühmten Rede vom 7. März 1904:

„Meine Herren! Sie können künftig keinen siegreichen Krieg ohne uns schlagen. Wenn Sie siegen, siegen Sie mit uns und nicht gegen uns; ohne unsere Hilfe können Sie nicht mehr auskommen. Ich sage noch mehr: wir haben sogar das allergrößte Interesse, wenn wir in einen Krieg gezerrt werden sollten. Ich nehme an, daß die deutsche Politik so sorgfältig geleitet wird, daß sie selbst keinen Grund gibt, um Krieg hervorzurufen; aber wenn

der Krieg ein Angriffskrieg werden sollte, ein Krieg, in dem es sich dann um die Existenz Deutschlands handelt, dann — ich gebe Ihnen mein Wort — sind wir bis zum letzten Mann und selbst die ältesten unter uns bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unsern deutschen Boden zu verteidigen, nicht Ihnen, sondern uns zuliebe, meinetwegen selbst Ihnen zum Trotz. Wir leben und kämpfen auf diesem Boden, unser Heimatland, das so gut unser Vaterland, vielleicht noch mehr als Ihr Vaterland ist, so zu gestalten, daß es eine Freude ist, in demselben zu leben, auch für den letzten unter uns.“

Diese bedeutungsvolle Erklärung hat Bebel auf dem Parteitage zu Essen (1907) ausdrücklich wiederholt. Durch eine Rede Stübgen vor seinen Wählern in Nürnberg, Anfang Dezember 1914, ist eine andere Erklärung Bebels bekannt geworden, die er im Jahre 1913 in der Budgetkommission des Reichstages bei der Beratung der letzten Militärvorlage abgegeben hat und die in ihren wesentlichen Sätzen lautet:

„Es gibt in Deutschland überhaupt keinen Menschen, der sein Vaterland fremden Angriffen wehrlos preisgeben möchte.“ Das gilt namentlich von der Sozialdemokratie, der freilich ihre Gegner, die zum Teil unverständlich, zum Teil gehässig sind, oftmals den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat im Gegensatz zu dieser Behauptung niemals verkannt, daß die geographische und politische Lage des Reichs die Notwendigkeit einer starken Schutzwehr notwendig macht. Wir müssen leider immer noch mit der Möglichkeit eines Angriffskrieges vom Osten her rechnen. Wenn einmal ein solcher Krieg ausbrechen sollte, den zu verhindern — wie ich glaube — auch die deutsche Regierung alles tut, dann müßte er bei dem heutigen Stande der Waffentechnik, bei der Organisation des Heerwesens und bei der Gestaltung der Bündnisse einen ungeheuren Umfang annehmen. Er würde zum Weltkriege werden und unser Vaterland vor die Frage von Sein oder Nichtsein stellen. Infolgedessen rechtfertigt sich nicht nur die Wehrhaftmachung des letzten Mannes, sondern sie ist eine notwendige Forderung.“

Bebel legte dann weiter klar, wie die deutsche Sozialdemokratie in dieser Erwägung nicht nur die Wehrhaftmachung des Volkes vom körperlichen und technischen Standpunkte fordere, sondern auch immer auf die Stärkung der geistigen und sittlichen Kräfte des Volkes bedacht gewesen sei, auf denen, wie die Geschichte lehre, die Selbstbehauptung einer Nation in erster Linie beruhe, und die in dem auf wirklicher Freiheit und Gleichheit begründeten Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Volksangehörigen begründet seien.

Man möchte sich fragen, warum solche Erklärungen Ton und Inhalt der Agitation nicht wesentlich beeinflusst haben, warum sie, ohne eine mehr als flüchtige Wirkung hervorzurufen, verfliegen konnten. Es ist wohl so, daß die Arbeiter jene Unterdrückungs- und Rechtungspolitik unmittelbarer und darum lebhafter empfanden und deswegen ihren Wirkungen mehr unterworfen waren als die Führer, deren Denken weniger von Gefühlen und Stimmungen beeinflusst war. Wenn diese Erklärung noch zu wenig sagt, der mag einen Blick auf die Art der Agitation werfen und mag sich vorzustellen versuchen, wie diese Agitation auf die Masse der Arbeiter, die nicht zu Relativitäten, sondern immer zu Unbedingtheiten neigt, wirken mußte. Bei unserer Agitation wird gemeinhin mehr auf Quantität als auf Qualität gesehen. Die Referenten in Arbeiterversammlungen sind zumeist

so stark mit Vorträgen überhäuft, daß ihnen dabei vielfach die Möglichkeit zur geistigen Durcharbeitung des Gegenstandes verloren geht. Die Befriedigung der geistigen Ansprüche der Bewegung wird manchmal geradezu mechanisiert. Dabei ist dann ein Verharren bei alten vertrauten Formeln und Gedankenbildern unvermeidlich, die frische Empfänglichkeit für die Ergebnisse der nie ruhenden Entwicklung geht verloren. Darum verlangen diese oft mit programmatischer Betonung gegebenen Erklärungen ohne die tiefe Wirkung, die man von ihnen, bei der Prominenz der genannten Wortführer, hätte erwarten sollen.

Und doch ist die Haltung der Arbeiterklasse weit weniger die Tat der Führer als der Wille der Masse. Dieser Umstand kann nicht deutlich genug betont werden. Als die Reichstagsfraktion am 4. August ihre Erklärung abgab und den Kriegskrediten zustimmte, da bestätigte sie nur noch eine Entscheidung, die die Masse der Arbeiter selbst schon vollzogen hatte. Gleich in den ersten Tagen des Kriegszustandes hatte sich die überwiegende Mehrheit der politischen Arbeiterpresse auf die Seite des Landes gestellt. Es ist nicht überflüssig, auch diese Behauptung mit einigen Beispielen zu belegen.

Das Mannheimer Parteiblatt schrieb am 31. Juli:

„Aber wenn uns der Krieg vom russischen Zarismus aufgezwungen wird, dann muß und wird die letzte Entscheidung, wie immer sie ausfallen mag — über alle Klassenunterschiede und Weltanschauungen, über alle sonstigen Divergenzen hinweg —, ein einiges, allseitig geschlossenes Volk finden, bereit, mit dem letzten Blutstropfen die Unabhängigkeit und Größe Deutschlands gegen jeden Feind zu verteidigen . . .“

Am 1. August schrieb das Parteiblatt in Magdeburg:

„. . . Wenn die russische Regierung das wahnwitzige Verbrechen begeht, entgegen aller Vernunft und Menschlichkeit den europäischen Krieg heraufzubeschwören, dann wird der letzte deutsche Sozialdemokrat seine dem Vaterland, der Kultur und Menschlichkeit schuldige Pflicht tun. Die Sozialdemokratie kann es am allerletzten dulden, daß der russische Zarismus der politische Schiedsrichter Europas wird.“

Am gleichen Tage schrieb das Parteiblatt in München:

„In der Pflicht der Landesverteidigung gegen das Blutjarentum lassen wir uns nicht zu Bürgern zweiter Klasse machen, so sehr ein wahnwitziges und verantwortungsloses Treiben der bayerischen Landtagsmehrheit in der Absicht schändlicher Entrechtung und Ausnahme-gesetzgebung, schon im Frieden den dauernden Kriegszustand zu unterhalten, bemüht war.“

Am 2. August brachte das Nürnberger Parteiblatt einen Artikel, in dem es hieß:

„Rußland fordert uns nun heraus zum Kriege! Mit bitterem Ernste, aber auch mit der Hoffnung, für bessere Zustände in der Welt dadurch zu wirken, werden vielleicht in der nächsten Woche Hunderttausende gegen die russische Grenze ziehen, Hunderttausende, die noch heute in unsern Reihen stehen.

Freilich wird es kein Krieg sein gegen Rußland allein. Wir alle, die wir wissen, was Frankreich der Welt an Kultur und Idealen gegeben hat, wir stehen schmerz erfüllt vor der Wahrscheinlichkeit, daß der Krieg, den wir gegen

Rußland führen müssen, den uns Rußland aufzwingt, ein Krieg wird, der Frankreich auch mit uns entzweit. So schmerzhaft das ist, auch das ist unabänderliches Schicksal, ein Schicksal, dessen Ursachen aufzuzeigen nun nicht die Zeit ist.

Über kommt es zum Kriege, auch mit dem westlichen Nachbarn, so gilt es auch dann, vom heimischen Boden fernzuhalten den Feind, mag er sein, wer er sei.

Unser Volkstum wollen wir uns bewahren, den Boden, auf dem wir kämpfen für ein besseres und freieres Deutschland, wollen wir dem deutschen Proletariat sichern. Das erfüllt uns in diesen bitteren Stunden.

Wir wollen nicht, daß die Kosaken, die alle Grenzorte schon besetzt haben, in unser Land hineinrasen und in unsere Städte Verderben tragen. Wir wollen nicht, daß der russische Zar, an dessen Friedensliebe selbst am Tage des Erlasses seines Friedensmanifestes die Sozialdemokratie nicht geglaubt hat, der der ärgste Feind des russischen Volkes ist, gebiete über einen, der deutschen Stammes ist.“

Am 3. August war im Essener Parteiblatt zu lesen:

„Unser Sehnen und Trachten, unser politischer Kampf gilt einem freien Vaterland als Wohnstätte freier, glücklicher Menschen. Wenn jetzt dieses Land durch Rußlands Entschliefungen bedroht wird, dann werden die Sozialdemokraten angesichts der Tatsache, daß der Kampf dem russischen Blutzarismus, dem millionenfachen Verbrecher an Freiheit und Kultur gilt, an Pflichterfüllung und Opferwilligkeit sich von keinem im Lande übertreffen lassen. Niemand in deutschen Landen will eine Niederlage im Kampf, niemand will halbbarbarische Horden, aus denen zum großen Teil Rußlands Heer besteht, in unserm Lande wissen. Und deshalb wird jeder Deutsche bis zum letzten Mann seine Pflicht tun! Nieder mit dem Zarismus! Nieder mit dem Hort der Barbarei! Das wird dann Parole sein.“

Das Königsberger Parteiblatt schrieb am gleichen Tage:

„Über keiner von uns, ob er militärpflichtig ist oder nicht, kann auch nur einen Moment daran zweifeln, daß er, solange der Krieg geführt wird, alles tun muß, um jenes nichtswürdige Jarat von unsern Grenzen fernzuhalten, daß, wenn es siegt, Tausende unserer Genossen in die grauenvollen Kerker Rußlands fetten oder zeitlebens nach Sibirien verbannen würde. Unter russischem Szepter gibt es keine Spur von Selbstbestimmungsrecht des Volkes; keine sozialdemokratische Presse ist dort erlaubt; sozialdemokratische Vereine und Versammlungen sind verboten. Und deshalb kommt keinem von uns der Gedanke, es in dieser Stunde darauf ankommen zu lassen, ob Rußland siegt oder nicht, sondern wir alle wollen bei Aufrechterhaltung unserer Gegnerschaft gegen den Krieg zusammenwirken, um uns selbst vor den Greueln jener Schandbuben zu bewahren, die Rußland beherrschen.“

Unter dem unmittelbaren Einbrude der Bewilligung der Kriegskredite, am 5. August, schrieb das Hallische Parteiblatt:

„Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie alle Mittel für die Verteidigung bewilligt. Der Zarismus muß mit aller Kraft aus dem Lande geworfen werden! Das ist bei aktueller Bedrohung die wichtigste Aufgabe der Nation. Das hat die Sozialdemokratie von jeher erklärt, am leidenschaftlichsten durch den Mund Bebel's. Aber die Feinde der Sozialdemokratie hatten ein Interesse daran, der Sozialdemokratie jahrzehntelang das Gegenteil zu unterschieben, um sie zu verleumden und bekämpfen zu können. Es ist eine Heuchelei sondergleichen, wenn jetzt die „patriotische“ Presse schreibt, die Sozialdemokratie habe ihre Haltung plötzlich „revidiert“ . . .“

Diese Auffassung bestand also schon vor der Entscheidung der Reichstagsfraktion; war es aber am 4. August selbstverständlich, daß auch die deutsche Arbeiterklasse für die Verteidigung ihres Landes eintrat, so mußte es nach dem 4. August, nachdem auch England gegen uns mobil gemacht und den Krieg erklärt hatte, erst recht selbstverständlich sein; denn durch den Zutritt Englands zu der deutschfeindlichen Koalition war der Krieg zu einem wahrhaften Weltkriege geworden, in dem es um die Unabhängigkeit und die Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes ging.

Es erübrigt sich, diesen Stimmen der politischen Arbeiterpresse auch solche aus der Gewerkschaftspresse zur Seite zu stellen. Die Gewerkschaftsblätter traten, so weit wir sehen konnten, ohne Ausnahme auf die Seite des Landes.

Wie aber konnte es zu dieser Stellungnahme kommen? Wir haben angedeutet, wie das Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und Staatsgewalt war, wie die geschichtliche Entwicklung scharfe Gegensätze zwischen beiden geschaffen hatte. Es mußte aber etwas vorhanden gewesen sein, das in entgegengesetzter Richtung gewirkt und sich stärker erwiesen hatte als jene Gegensätze. Bei der Beurteilung dieser Frage muß man immer im Auge behalten, daß die Stellungnahme der Arbeiterklasse nicht das Ergebnis irgendwelcher Diskussionen und theoretischer Untersuchungen war, sondern daß sie aus dem ureigenen Wesen der Arbeiterklasse und mit rücksichtsloser Elementarkraft erfolgte. Es ist darum von Wert, eine Antwort auf die hier aufgeworfene Frage zu finden. Wir wollen versuchen, die hier wirkenden Kräfte darzustellen.

Die Arbeiterklasse von heute lebt unter andern, für sie günstigeren Bedingungen als ihr Vorgeslecht. Ihre wirtschaftlichen Verbände — Gewerkschaften und Genossenschaften — haben, begünstigt durch den industriellen Aufschwung Deutschlands, die materiellen Lebensbedingungen breiter Schichten verbessern können. Die gewerbliche Diktatur hat zurückweichen und verheißungsvollen Elementen eines neuen Arbeitsrechtes Raum geben müssen. Die Organisationen sind trotz heftiger Befehdung allmählich in das öffentliche Wesen eingedrungen. Verwaltungs- und Regierungsbehörden sehen sich genötigt, mit ihnen zu rechnen, zu verhandeln, zu arbeiten. In den Rassen der Organisationen häufen sich große Kapitalien an, es entstehen Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude, die greifbar den Unterschied zwischen jetzt und einst darstellen. Daneben flutet der starke Strom des politischen Lebens der Klasse. Ihre Presse und ihre Organisationen setzen sich gegen alle Widerstände infolge des Schwergewichts der Masse durch. Vertreter der Arbeiter bringen ein in die Parlamente, in die Gemeindeverwaltungen, in die Organe der Rechtspflege, in die sozialpolitischen Körperschaften und Behörden. Die Massenbewegung der Arbeiter kämpft sich tief und tiefer in das wirtschaftliche und politische Leben des Volkes hinein.

Man betrachte diesen Vorgang und seine Ergebnisse mit geschichtlichem Sinne: ist es überhaupt möglich, daß das Verhältnis der Arbeiterklasse

zum Staatsganzen hiervon unberührt bleibt? Muß nicht vielmehr dieser tiefgreifende Wandel in der Stellung im Volksganzen auch die Stellung zum Volksganzen und zu seinem allgemeinen Ausdruck: zum Staat, wandeln? Es ist nicht anders denkbar.

Diese gewaltigen Veränderungen haben eine neue Grundlage des politischen Wesens der Arbeiterklasse geschaffen. Zunächst freilich nur eine neue Grundlage. An der Oberfläche der Bewegung herrschten noch verführte Formeln und Begriffe — Formeln und Begriffe, die ihr geschichtliches Recht gehabt hatten in einer Zeit des heroischen Kampfes gegen eine ganze feindliche Welt, die aber, vorerst nur im Wesen, zögernd nur im Bewußtsein der Bewegung, durch die Ergebnisse des Kampfes unwirklich und schattenhaft geworden waren. Während die Bewegung so, dem gröberen Auge unmerklich, alte geistige Werte entwertete, schuf sie zugleich das Material zu neuen Werten, die ihrer Prägung erst harren: sie entwickelte in der Arbeiterklasse die Grundlagen eines neuen Staatsbürgergefühls, oder eines Staatsbürgergefühls überhaupt; — denn man kann in den alten Formeln nichts als die Verneinung jedes Staatsgedankens sehen.

Die Arbeiter in der Jugendzeit der Bewegung standen, wie rechtlich und sozial, so auch geistig außerhalb der staatlichen Gemeinschaft. Sprachten sie vom Staat, so taten sie es wie von einer fremden Macht, mit der sie nichts gemein hatten. Nun hatten sie sich unter schweren Opfern in den Staat hineingekämpft, hatten hier und da Positionen im befeindeten Staate besetzt, im Interesse ihres Kampfes selbstverständlich. Aber mit dem Eintritt in die Gesetzgebungs- und Verwaltungskörperschaften erhielt ihr Handeln eine andere Richtung. Mit der Verneinung des Staates konnten sie dort nicht arbeiten. Nicht die Auflösung der bestehenden Ordnung, sondern ihre Um- und Neugestaltung konnte nur Zweck und Ziel ihres Wirkens sein. Saß man einmal im Gemeinderat oder im Parlament oder auch in einer Versicherungsbehörde, so konnte man nicht einfach die Arme kreuzen, auf die Verderbtheit der ganzen nichtsozialistischen Welt schelten und im übrigen alles seinen Gang gehen lassen. Dann mußte man wirken, mußte an der Besserung und Veredlung dessen arbeiten, das man doch nach der ursprünglichen Auffassung nur noch der Vernichtung wert hielt. So lernten die Arbeiter allmählich den Staat von innen ansehen. Ein Verantwortlichkeitsgefühl, in dem das Staatsbürgergefühl eingeschlossen lag, keimte langsam empor; verleugnet, verdammt, verspottet im Anfang, wuchs es immer kräftiger in die Höhe und Breite. Es mußte wachsen; denn es war die Frucht der Bewegung und zog seine Kräfte aus der Bewegung selber.

Dieser Wandel im politisch-geistigen Wesen der Lohnarbeiterschaft war aber keineswegs ausschließlich die Folge des politischen Vorwärtzdringens. Ebenso entschieden, vielleicht noch stärker wirkten die Ergebnisse und Erfahrungen der gewerkschaftlichen Bewegung in der gleichen Richtung. Auf

den ersten Blick mag es scheinen, als seien hier die Bedingungen dafür schlecht gegeben: immer und immer wieder prallten hier die lebendigsten Interessen aufeinander, immer wieder taten sich die Gegensätze zwischen den Besitzern der Arbeitsmittel und den Trägern der Arbeitskraft auf und zwangen zu erbittertem Kräftemessen. Daran änderten auch die Tarifverträge nichts, die übrigens in der Großindustrie gar nicht zur Geltung kamen. Aber gleichwohl rang sich auch hier eine neue Betrachtungsweise ans Licht. Man sah und erfuhr es zu oft, um es zu übersehen, daß Industrie und Gewerbe blühen mußten, wenn man gewerkschaftliche Erfolge erzielen wollte. Der glanzvolle Aufstieg der gewerkschaftlichen Organisationen — war er nicht gleichzeitig erfolgt mit dem beispiellosen Aufschwunge der deutschen Industrie, war er nicht erst durch diesen möglich geworden? Und hatte der Aufschwung der deutschen Industrie nicht erst die Vorbedingungen für die Verbesserung und Veredelung des Arbeitsverhältnisses geschaffen? Der Zusammenhang war zu durchsichtig, um nicht erkannt zu werden. Die deutsche Industrie hatte herauschende Erfolge erzielt, aber zum Teil, wenn auch nur wenig, waren diese Erfolge auch der Arbeiterklasse zugute gekommen. Jedem tieferblickenden Arbeiter mußte es klar werden, daß die ganze gewaltige Erstarkung der Arbeiterbewegung in den letzten zwei Jahrzehnten in allen ihren Zweigen kein Zufall gewesen war, daß hier die Richtung der volkswirtschaftlichen Entwicklung bestimmend mitgewirkt hatte. Gewiß: scharf und heftig waren die Lohnkämpfe, unausgleichbar waren die Gegensätze der ökonomischen Interessen; aber überall dem Streit und Widerstreit stand doch etwas, das für beide Klassen, für Proletariat und Bourgeoisie, gleich wichtig und wertvoll war, nämlich die Fortdauer des industriellen Aufstiegs!

In der Ausdrucksweise des Alltags hörte man die neuen Gesichtspunkte leise anklingen. In den dauernd scharfen Diskussionen hörte man zuweilen ungewohnte Worte. Man sprach von den Interessen unseres Gewerbes, von der Blüte unseres Industriezweiges. Das waren unmerkliche und immer wohl unbeabsichtigte Zeugnisse einer neuen Betrachtungsweise. Auch hier im Wirtschaftsleben stand man nicht mehr draußen, auch hier betrachtete man die Dinge von innen. Man mußte es ja auch in den Kriessjahren fühlen, wie eng das Wohlergehen der Arbeiterklasse, wie unlöslich ihr Aufstieg mit dem Gedeihen des Wirtschaftslebens verbunden war. Wohl war die Besserung der ökonomischen Lebensbedingungen hart erkämpft worden, aber sie konnte nur erkämpft werden, weil Handel und Wandel blühten und der Ausbreitung des Organisationswesens die Wege ebneten. Was hatte man früher von den guten Konjunkturen gehabt? Ueberstunden, körperliche Verwahrlosung, der die sittliche Verwahrlosung folgte. Jetzt, durch eigene, in den Verbänden machtvoll gesammelte Kraft blieb auch der Arbeiterklasse ein Anteil an den Gewinnen und Vorteilen. Das ergab eine Verschiebung des Standpunktes, die nicht so bald zum vollen Bewußtsein kam, die erst

langer Zeit oder des lösenden Wetterschlages bedurfte, um ans Licht zu treten.

Aber noch ein anderes wirkte in der gleichen Richtung, nämlich die Erweiterung des volkswirtschaftlichen Gesichtsfeldes der Arbeiterklasse. Es ist gewiß mit der Durchbildung der millionenköpfigen Masse, die in der deutschen Arbeiterbewegung vereinigt ist, gerade in volkswirtschaftlicher Hinsicht nicht gut bestellt. Wo man sich mit Volkswirtschaft befaßt, da geschieht es allzuoft in abstrakt-theoretischer Art, die man zumeist an den Anfang setzt, wo sie am Ende stehen sollte. Auf eine gründliche Unterweisung und die klare Deutung volkswirtschaftlicher Grundtatsachen wird im allgemeinen ein zu geringer Wert gelegt. Immerhin, die banalen Tatsachen, daß die deutsche Volkswirtschaft jährlich für fünf Milliarden Mark Rohstoffe und für drei Milliarden Mark Nahrungs- und Genußmittel vom Auslande kaufen muß und daß sie darum anderseits genötigt ist, Industrieprodukte herzustellen und an das Ausland zu verkaufen, wenn das deutsche Volk nicht verhungern oder einen großen Teil seiner Arbeiter als Kulturdünger über das Weltmeer schicken will — diese banalen, aber wahren und wichtigen Tatsachen haben sich allmählich auch in der Arbeiterschaft durchgesetzt und haben zusammen mit der gewandelten Stellung zum Staat und zum Volksganzen auch eine andere Betrachtungsweise der weltwirtschaftlichen Beziehungen und Bedürfnisse vorbereitet.

An der Herausbildung der Grundstimmung, die dem Verhalten der deutschen Arbeiterklasse zugrunde lag, mögen die volkswirtschaftlichen Erwägungen nur geringen Anteil haben; die Zeit der Entscheidung war für ruhige und sorgfältige Ueberlegungen viel zu kurz. Um so mehr ist es jetzt angebracht, die volkswirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse in diesem Weltenbrande herauszuschälen. Damit aber kommen wir zur Betrachtung der Frage, ob das Verhalten der deutschen Arbeiterklassen ein Aufgeben allseitig anerkannter Grundsätze der Arbeiterbewegung bedeutet. Die Grundsätze, die hier zu erörtern sind, bewegen sich um die Begriffe Nationalismus und Internationalismus. Faßt man diese beiden Begriffe als unbedingte Gegensätze auf und reklamiert für die Arbeiterbewegung den Internationalismus als die alleinige Richtschnur ihres Handelns, so bedeutete die Haltung der Arbeiterklasse nicht nur in Deutschland, sondern mindestens ebensosehr in Frankreich, England, Rußland und Oesterreich allerdings einen völligen Bruch mit diesem Grundsatz. Aber welche Stelle der Arbeiterbewegung, welcher Kongreß und welche Prinzipienklärung hat jemals die Internationalität im Gegensatz zur Nationalität als richtungweisendes Prinzip aufgestellt? Wer dieser Auffassung ist, befindet sich in einem schweren Irrtum. Daß eine wie das andere, die Nationalität wie die Internationalität, ist jedes für sich ein Element der Politik, und ihr Verhältnis zueinander wird nicht ausgedrückt durch ein Entweder-oder, sondern durch ein Sowohl-als-auch. Der Internationalismus ist ein Element der Weltgestaltung von großen Zukunftswerten, er ist ein Ziel,

dem nach unserer Ueberzeugung die Entwicklung der menschlichen Kultur zustrebt; aber er ist heute und war auch vor dem Kriege wenig mehr als eine Idee, deren Erfüllung nur durch die Entwicklung der Nationen zu einem hohen Grade ökonomischer, politischer und sittlicher Reife kommen kann. Der Internationalismus schließt die Nationen nicht nur nicht aus, sondern er ist ohne diese Nationen überhaupt nicht denkbar, so wenig wie ein Lebewesen ohne die einzelnen Zellen denkbar ist, aus denen es sich aufbauen muß. Das Bekenntnis zum Internationalismus schließt darum nicht die Bejahung der Frage nach dem Lebensrechte der Nationen aus, sondern hat sie zur Voraussetzung. Eine andere Auffassung, etwa die: Internationalismus vor allem und unter allen Umständen! wäre wohl in der eingebildeten Welt übersinnlicher Spekulation, auch wohl auf dem Papier und auf der Versammlungstribüne möglich, aber nimmermehr in der Welt der wirtschaftlichen und politischen Tatsachen. Eine solche Auffassung können sich kleine Sektens leisten, die abgeschlossen von allem Geschehen und nur der reinen Idee leben; sie ist unmöglich für große Bewegungen und reife Organisationen, die handelnd, um- und neugestaltend in den Gang der Weltgeschichte eingreifen wollen und müssen, wenn sie ihr Daseinsrecht nicht verwirken wollen. Zu dieser Auffassung der Begriffe Nationalität und Internationalität, wie sie hier von uns vertreten ist, haben sich bisher alle großen Wortführer der Arbeiterbewegung bekannt. So Baillant, Jaurès, Vandervelde, Vollmar und Bebel auf dem internationalen Kongreß zu Stuttgart im Jahre 1907. Auch dafür seien die Belege hierhergesetzt. Baillant sagte dort:

„Die Nationen sind nicht nur nützliche, sondern sogar notwendige Elemente der menschlichen Entwicklung.“ (Protokoll S. 88.)

Jaurès, der große Franzose und Internationalist, sagte:

„Die Nation ist das Schachhaus des menschlichen Genies und Fortschritts, und es stände dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern.“ (Protokoll S. 89.)

Vandervelde, der Vorsitzende des internationalen Bureau und gegenwärtige belgische Staatsminister, erklärte als Berichterstatter:

„Weiter waren wir einig über das, was uns Baillant und Bebel in so wunderbar klarer Weise in ihren Reden auseinandergesetzt haben, daß die Voraussetzung unserer Internationalität selbst das Bestehen freier und autonomer Nationen ist. Die Internationale der Arbeiter ist nicht eine amorphe Masse ohne Gliederung und Gruppierung, sondern eine freie Vereinigung, ein Bund nicht nur von selbständigen Staaten, sondern auch von Nationen, denen die Internationale ihre Autonomie wiedergegeben hat, wie den Polen. Wir haben die vollste Berechtigung der nationalen Gliederung anerkannt. ... Unsere Resolution spricht erneut die Tatsache aus, daß man die Existenz der Nationen als notwendig anerkennen kann, ohne dadurch den internationalen Zusammenhang der Arbeiter irgendwie abzuschwächen. Die notwendige Folge dieser unserer Ueberzeugung war die Unerkennung des unveräußerlichen Rechts jeder Nation, ihre Unabhängigkeit gegen jeden Angriff von außen zu verteidigen.“ (Protokoll S. 66/67.)

Auf der gleichen Linie bewegten sich die Worte v. Bollmars:

„Es ist nicht wahr, daß international gleich antinational ist. Es ist nicht wahr, daß wir kein Vaterland haben, und dabei nenne ich das Wort Vaterland, ohne irgendeine haarspalterische Begriffserklärung hinzuzufügen. Ich weiß, daß und warum der Sozialismus international sein muß. Aber die Liebe zur Menschheit kann mich in keinem Augenblick hindern, ein guter Deutscher zu sein, wie sie andere nicht hindern kann, gute Franzosen und Italiener zu sein. Und so sehr wir die gemeinsamen Kulturinteressen der Völker anerkennen und ihre Verhetzung gegeneinander verdammen und bekämpfen, so wenig können wir an die Utopisterei eines Aufhörens der Nationen und ihres Untergangs in einem formlosen Völkerebrei denken. (Protokoll S. 92.)

Zu diesen Grundsätzen hat sich auch die deutsche Arbeiterbewegung stets bekannt, sie hat sich von ihnen bei ihrem Verhalten in diesem Kriege leiten lassen und sie wird sie auch in der Zukunft nicht verleugnen.

Prüfen wir nun, wie die Frage in diesem Kriege gestellt ist und wie sie zu beantworten war.

Die deutsche Arbeiterklasse hat, es ist überflüssig, es zu sagen, den Krieg weder gewollt, noch die ihr zu Gebote stehenden Machtmittel unbenutzt gelassen, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Als Oesterreichs Regierung ihr scharfes und unheilvolles Ultimatum an Serbien stellte, hat sie in ihrer Presse und in eilig einberufenen Versammlungen dagegen protestiert und die Verantwortung für die Folgen einer solchen Politik scharf und deutlich abgelehnt. Die deutsche Regierung hat im Sinne dieser Kundgebungen Oesterreich zur Mäßigung geraten. Durch das Hinzutreten und die Mobilmachung der zum Kriege entschlossenen russischen Regierung wurden diese Absichten durchkreuzt; der Krieg kam. Im Westen bewegten sich die Heeresmassen Frankreichs auf die deutschen Grenzen zu, im Osten rückten die russischen Vorhuttruppen heran. Was konnte die deutsche Arbeiterklasse in einem solchen Augenblicke tun? Sollte sie nach dem wohlfeilen Rezept verantwortungs- und gewissenloser Ratgeber den Massenstreik verkünden? Stellt man für einen Augenblick alle sonstigen Bedenken beiseite und faßt nur die Frage der Durchführbarkeit ins Auge, so müssen jedem die allerschwersten Zweifel kommen, ob die Aufforderung dazu von den Arbeitermassen überhaupt befolgt worden wäre. Noch können wir uns alle der Stimmung jener Tage erinnern. Bebel hat diese Stimmung nicht mehr erlebt, aber er kannte doch die Volksseele gut genug, um ein Urteil darüber wagen zu können. Auf dem Kongreß zu Stuttgart sagte er, nachdem er die Lage beim Ausbruch eines Krieges geschildert hatte:

„Und in solcher Situation sollen wir uns mit Massenstreikspielereien abgeben? Bei unserm ersten Aufruf dazu würden wir ausgelacht werden.“ (Daselbst S. 100.)

Es besteht für uns kein Zweifel: hätten die verantwortlichen Organe der Arbeiterbewegung in völliger Verkennung der gegebenen Situation und des wahren Wesens der Arbeiterbewegung eine Parole für den Massen-

streik ausgegeben, so wären Gewerkschaften und Partei im gleichen Augenblick erledigt gewesen; die Masse hätte sich um eine solche Parole nicht gekümmert. Die wenigen Leute, die versucht hätten, ihr zu folgen, hätten allein gestanden und die auf das Militär übergegangene Staatsgewalt hätte leichtes Spiel gehabt, mit ihnen fertig zu werden. Aber gesetzt den Fall, die Masse hätte eine Parole zum Massenstreik aufgenommen, was wäre die Folge gewesen? Die Mobilisierung der Truppen hätte darunter wenig oder gar nicht gelitten. Wir hatten ja in den ersten zehn oder zwanzig Mobilisierungstagen eine Stockung des Erwerbslebens und des Warenverkehrs, wie sie vollständiger kaum ein Massenstreik erreichen kann. Trotzdem vollzog sich die Mobilisierung wie am Schnürchen. Die Verkehrsmittel waren militarisiert, auch die Versorgung der Truppen mit Lebensmitteln war militärisch geregelt, und anderer Mittel bedurfte die Heeresleitung nicht. Also selbst ein Massenstreik großen Umfangs hätte die Kriegsmassnahmen nicht verhindern können. Wollte die Arbeiterklasse die Staatsgewalt lähmen, ihr die Kriegführung unmöglich machen, so hätte sie nicht beim Massenstreik stehen bleiben dürfen, dann hätte sie zum Militärstreik greifen müssen, der selbstverständlich die Insurrektion, den offenen und gewaltsamen Konflikt mit der militarisierten Staatsgewalt in sich getragen hätte. Es hätte von der Stärke der Insurrektion abgehangen, wie dieser Konflikt verlaufen wäre. Es ist unnütz, über den möglichen Verlauf zu reden. Je stärkeren Erfolg die Parole gehabt hätte, um so leichter wäre es für die Heere des Baren und der französischen Republik gewesen, in Deutschland einzudringen und der desorganisierten Staatsgewalt ihren Willen aufzuzwingen. Deutschland wäre der Schauplatz eines furchterlichen Krieges geworden und hätte sich dem Machtgebot der russischen und französischen Regierung unterwerfen müssen. Wie dieß Gebot gelautet hätte, ist heute im allgemeinen klar: im Westen der Rhein als die deutsch-französische Grenze, im Osten Verlust der Provinzen Preußen, Posen und Schlesien an Rußland. Daß wäre die Vernichtung der deutschen Nation gewesen. Deutschland wäre als politische Macht ausgeschaltet und wirtschaftlich erdroffelt worden. So hätte also die Aktion der Arbeiterschaft den Moskowitern und den Revanchards in Frankreich geholfen, ihr Ziel zu erreichen, und obendrein wäre die deutsche Arbeiterbewegung selbst in einem Meere von Blut ertränkt worden.

Es meldet sich dabei die Frage an, ob eine solche Aktion der deutschen Arbeiter nicht zugleich ähnliche Aktionen in Frankreich und Rußland zur Folge gehabt hätten. Aber diese Frage hat merkwürdigerweise durch die Tatsachen selbst ihre Antwort gefunden. Mit Ausbruch des Krieges war der Nachrichtenaustausch zwischen Deutschland und dem Auslande eingestellt worden. Die Mobilisierung machte diese Sperre des Nachrichtenverkehrs aus militärischen Gründen notwendig. Im Auslande wußte man also nicht, wie sich die deutsche Arbeiterklasse zur Frage der Landesverteidigung verhielt. Bald aber sandten englische und französische Tele-

graphenbureauß unwahre Nachrichten an die Presse. In diesen Nachrichten über Deutschland hieß es: in Berlin sei die Revolution ausgebrochen; die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten seien verhaftet, einige davon standrechtlich erschossen. Und diese Nachrichten über das Verhalten der deutschen Arbeiterklasse wurden im Auslande, in Frankreich und England, sogar in dem neutralen Italien* geglaubt! Das Hauptblatt der italienischen Sozialdemokratie, „Avanti,“ brachte sogar einen melodramatischen Nekrolog auf den standrechtlich erschossenen Abgeordneten Liebknecht! Man war also in jenen Ländern, mindestens in den ersten Kriegstagen, der festen Meinung, die deutsche Arbeiterklasse habe sich gegen die Regierung erhoben und stünde in der Revolution. Was tat man aber dort? Nun: die französischen Sozialisten bewilligten nicht nur die geforderten Kriegskredite, sondern entsandten obendrein zwei ihrer ersten Männer, Jules Guesde und Marcel Sembat, in das Ministerium der Republik! Wir sehen also, wie die Probe aufs Exempel ausgefallen wäre, wenn die deutsche Arbeiterklasse eine solche Probe angestellt hätte.

Aber die deutsche Arbeiterklasse dachte nicht daran, es zu tun. Sie sah das Land von zwei Seiten bedroht; sie fühlte es, wenn sie es in der gewitterschwülen Luft jener Tage nicht in voller Klarheit erkennen konnte, daß es sich in diesem Kriege gegen eine übermächtige Koalition um die politische Zukunft der deutschen Nation handelte. Damit aber stand auch ihre eigene Zukunft auf dem Spiele. Keine Frage: die politische Zukunft der deutschen Arbeiterklasse wäre für die Lebensdauer der heutigen Generation vernichtet gewesen, wenn ihr Verhalten den Triumph der Feinde im Osten und Westen über das deutsche Volk herbeigeführt hätte. „Eine Bewegung, die ihre Ziele auf Kosten der nationalen Existenz des eigenen Volkes zu erreichen sucht, würde von der Volksmehrheit verachtet und vernichtet werden.“ Aber sie zerstörte mit der Zukunft des Volkes ja auch ihre eigene Zukunft. Der ganze Kampf der Arbeiterklasse vollzieht sich im nationalen Rahmen. Es gibt keinen internationalen Kampf der Arbeiterklasse; ihr Kampf geht allerdings um Ziele, die auch die Ziele der Arbeiterklasse anderer Nationen sind, aber er wird politisch und wirtschaftlich im nationalen Rahmen, auf der Grundlage der durch die staatlichen Grenzen gegebenen politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft geführt. Die nationalen Begriffe treten fort und fort in den Interessenzirkel der Arbeiterklasse. Der Kampf um politische Rechte, um soziale Fürsorge, um Arbeiterschutz, um die Handelspolitik, um alles, was Gegenstand der Gesetzgebung ist oder werden kann, wird auf der Grundlage der Nationen geführt und entschieden. Nicht was die Arbeiterklasse in Italien oder Frankreich oder England bedeutet, ist für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse von ausschlaggebender Bedeutung, sondern was sie selbst ist, was sie leisten kann und unter welchen Verhältnissen sie ihren Kampf auszufechten hat, ist ent-

* Inzwischen hat Italien am 24. Mai Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt.

scheidend. Wird Deutschland durch die Koalition seiner Feinde wirtschaftlich lahmgelegt und politisch ausgeschaltet, so hat auch die Arbeiterklasse die Folgen davon zu tragen. Die Absperrung Deutschlands von den Rohstoffländern und Absatzgebieten, wie sie England ausgesprochenermaßen in diesem Kriege erstrebt, müßte zum Zusammenbruch des industriellen Systems führen, nach dem die deutsche Volkswirtschaft heute organisiert ist. Das wäre selbstverständlich nicht nur für die Kapitalistenklasse ein Unglück, schwerer als diese würde es die deutsche Arbeiterklasse treffen. Die nächste Folge wäre eine gewaltige Arbeitslosigkeit durchaus nicht vorübergehenden Charakters. Von hier aus aber würde sich ein Strom von Unheil und Leiden über die deutsche Arbeiterklasse ergießen. Die Arbeitslosigkeit würde zu einer Ueberfüllung des Arbeitsmarktes führen. Der Kampf um den Arbeitsplatz würde die Arbeiterklasse demoralisieren, ihren Mut, ihr Selbstbewußtsein und ihre Widerstandskraft brechen. Der Druck des Unternehmertums würde stärker werden. Die Menge der sich anbietenden Arbeitskräfte gestattete dem Unternehmer die Auswahl, und so würden die Arbeiter, von Hunger und Sorge würde gemacht, verknechten und den lohnbrückenden Tendenzen des Kapitals den Weg frei geben. Die Organisationen würden bald empfindlichen Schaden leiden. Die Unterstützung der Arbeitslosen würde ihre Kräfte verzehren, die ausgesteuerten Arbeitslosen würden bald das Heer der für jeden Lohn zur Arbeit bereiten Unorganisierten vergrößern. Der Kampf gegen den Lohndruck müßte wirkungslos bleiben: Ohnmacht und Hilflosigkeit der Arbeiterklasse wären die Folge. Mit dem Niedergang der gewerkschaftlichen Organisation würde sich bald der Niedergang der politischen Organisation und der Presse verbinden. Von dem stolzen Gebäude der deutschen Arbeiterbewegung würde Stück um Stück abbröckeln; neben der Presse würden die Arbeiterssekretariate, die Gewerkschaftshäuser verloren gehen. Die Tarifverträge würden verschwinden. Das Ergebnis wäre ein Trümmerfeld, auf dem Gelbe und Anarchisten als Marodeure schweiften. Mit der Enttöbung des gewerblichen Proletariats aber würde die Demokratie ihre Kerntruppe eingebüßt haben. Das Scharfmachertum würde zusammen mit den Junkern unbestrittener als je zuvor das Feld beherrschen. Millionen von Arbeitern müßten auswandern und in andern Ländern, inmitten eines fremden Volkstums, ein karges und bitteres Brot suchen.

Keine Beteuerung internationaler Gesinnung kann daran etwas ändern, daß in diesem Kriege die gegenwärtigen und künftigen Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse mit dem Lebensinteresse des ganzen deutschen Volkes zusammenfallen. Es gibt keine Zweierlei nach außen. Das Schicksal Deutschlands ist auch das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse. Will das deutsche Proletariat seine Zukunft sichern, so kann es das nur, indem es für die Zukunft seines Landes eintritt und die Unabhängigkeit und Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes durch den Sieg der deutschen Waffen sicherstellt.

folgt

bei

Nieder

lage

Damit hat, wenn man gewissen Theoretikern glauben soll, die Arbeiterschaft „vor dem Imperialismus abgedankt“. In der Tat, es ist notwendig, nicht nur dieser vorgeblichen Abdanfung, sondern dem Verhältnis der Arbeiterklasse zum Imperialismus selbst näherzutreten. Unter Imperialismus verstehen wir heute jenes Streben der Wirtschaft und Politik über die staatlichen Grenzen hinaus, das Streben der Industrieländer nach Beeinflussung und Beherrschung agrarischer Länder. In diesem Sinne ist der Imperialismus durchaus eine Erscheinung der Gegenwart.

Wie soll sich die Arbeiterschaft zu diesem Streben stellen? Soll sie es fördern oder bekämpfen?

Die Meinungen darüber sind bisher durchaus nicht geklärt, doch neigte die bisherige Stellungnahme dazu, den Imperialismus als mit den Arbeiterinteressen unvereinbar abzulehnen und seine einzelnen Erscheinungsformen zu bekämpfen. Doch ging man dabei weit mehr von den unmittelbaren Begleiterscheinungen als von der geschichtstheoretischen Untersuchung und Begriffsbestimmung des Imperialismus aus. Das heißt: man hielt sich an die Formen der Kolonialpolitik, die man aus humanitären Gründen ablehnte, und an die aus dem Imperialismus erwachsenden internationalen Konflikte. Beide Begleiterscheinungen genügten, um die Arbeiterschaft den Imperialismus ablehnen und verurteilen zu lassen. Indem nun die Vertreter der Arbeiterbewegung die Kredite für diesen Krieg bewilligten und indem die Masse der Arbeiterschaft selbst in diesem Kriege auf die Seite ihres Landes trat, obwohl die imperialistische Wurzel des Krieges bekannt ist, gibt, nach der Meinung mancher Theoretiker, die Arbeiterschaft ihre bisherige abweisende Haltung zum Imperialismus auf, sie akzeptiert und stützt ihn.

Sicherlich ist die hiermit aufgeworfene Frage bedeutungsvoll und nicht mit wenigen Worten abgetan. Ehe man sich jedoch die Folgerungen der Gegner der heutigen Haltung der Arbeiterbewegung zu eigen macht, wird man sich sehr sorgfältig über die grundlegenden Voraussetzungen der Arbeiterbewegung und ihrer Ziele Rechenschaft geben müssen. Die Verwirklichung unserer Ziele ist an den Ablauf der ökonomischen Entwicklung gebunden. Nicht der bloße Wunsch und Wille und nicht allein die rein zahlenmäßige Stärke unserer Bewegung können unsere Ziele verwirklichen, sondern es bedarf dazu vor allem der ökonomischen Entwicklung. Der Sozialismus kann erst kommen, wenn in der Gesellschaft die erforderlichen Vorbedingungen dafür gegeben sind. Die Geschichte sagt uns, daß schon Jahrhunderte vor uns Menschen gelebt und gewirkt haben, die dem sozialistischen Ideal nicht weniger sehnsüchtig entgegenharrten als wir. Sie sahen die Erfüllung ihrer Wünsche nicht, weil die ökonomischen Voraussetzungen dafür fehlten. Die kommunistischen Bewegungen des ausgehenden Mittelalters, im Zeitalter der Reformation, die Bewegungen, die sich an die Namen der großen und kleinen Utopisten knüpfen, sie alle sahen das Ziel ihres Strebens nicht, weil es nicht im Zuge der historischen Entwicklung lag. Sie vermeinten

aus der zusammenbrechenden Feudalwirtschaft sogleich in die kommunistisch organisierte Gesellschaft gehen zu können und wollten es nicht glauben, daß die ihnen noch völlig unbekannten Gesetze des geschichtlichen Periodenablaufs auf eine ganz andere Wirtschaftsorganisation hinsteuerten. Sie irrten, aber sie irrten im Banne ihrer Zeit, die noch keine Spur soziologischen Wissens kannte.

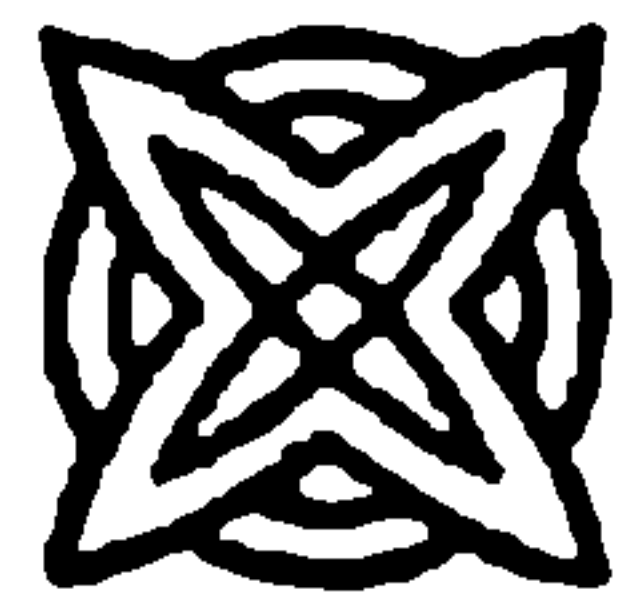
Das neunzehnte Jahrhundert hat eine Fülle von Licht auf die Gesetzmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung geworfen. Wir sahen mindestens seit Marx in der Vergangenheit die große Linie eines gesetzmäßigen Verlaufs der ökonomischen und sozialen Perioden. Die weiterarbeitende Forschung Marx' und vieler anderer Wirtschaftshistoriker bemühte sich um die Auffindung und Erklärung dieser Gesetze. Aber alles Wissen ist doch schließlich in gewisser Hinsicht Stückwerk geblieben. So glaubten die meisten Theoretiker der Arbeiterbewegung noch vor nicht allzu langer Zeit, der Kapitalismus sei längst überreif zum Uebergang in den Sozialismus und es bedürfe bloß noch der machtvollen Organisation, um mit einer gewaltigen Straßanstrengung das Alte zu stürzen und den Sozialismus zu verwirklichen. Seit mindestens einem Jahrzehnt beginnt man einzusehen, daß der hochentwickelte nationale Industrialismus noch nicht das letzte Wort der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation ist, daß die Entwicklung vielmehr von dort zu einer Ausweitung des Wirtschaftsbereichs über den nationalen Rahmen hinaus zum Imperialismus führt.

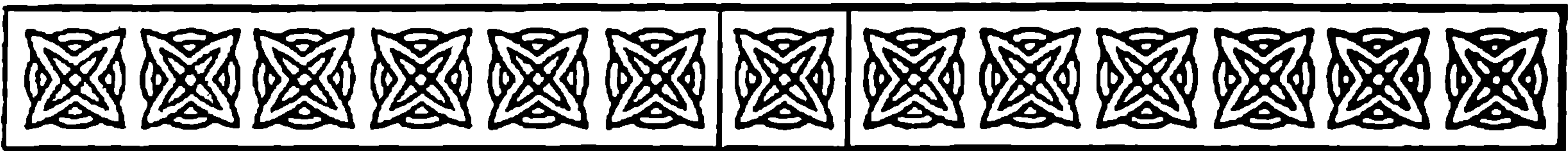
Diese Erkenntnis, gegen die sich heute nur noch blinde Ignoranten sträuben können, muß der Arbeiterschaft zu bedenken geben, ob sie ihrer historischen Aufgabe im Zeitalter des Imperialismus damit gerecht wird, daß sie ihn einfach verneint und „bekämpft“. Bekämpft sie den Imperialismus, so bekämpft sie damit eine Entwicklungsstufe, die sich zwar trotz unseres Widerstandes durchsetzen wird, die aber auch die historische Voraussetzung des Sozialismus ist. Wir müssen durch die Oberstufe des Kapitalismus, eben den Imperialismus, ebenso zwangsmäßig hindurch, wie wir durch den Kapitalismus im ganzen hindurch müssen, wie unsere Urgroßväter durch die Manufaktur und der mittelalterliche Bauer durch den Feudalismus hindurch mußten. Ein „Kampf“ gegen solche historischen Notwendigkeiten wäre besonders für sozialistisch geschulte Arbeiter reichlich naiv; er wäre nicht weniger hoffnungslos und kurzfristig wie der Zerstörungskampf der Handweber gegen die mechanischen Webstühle. Der Unterschied bestünde nur darin, daß sich damals arme, unwissende Teufel dem Strome entgegenwarfen, während es heute sozialistisch geschulte und von anspruchsvollen Theoretikern betreute Arbeiter wären.

In einem Kampfe gegen den Imperialismus mit dem Ziele, ihn unmöglich zu machen, etwa so, wie wir gegen rückständige Gesetze oder gegen die koalitionsfeindlichen Bestrebungen der Großindustriellen kämpfen, in einem solchen Kampfe kann die Politik der Arbeiterklasse niemals bestehen.

Die Dinge liegen nicht so einfach, daß man sich nur zu entscheiden hätte, ob für, ob gegen den Imperialismus; mit einem glatten Nein oder Ja ist hier nichts getan. Die Politik der Arbeiterklasse muß, wie die Politik jeder andern Klasse, auf mehr Macht gerichtet sein. Will sie ihre Macht dauernd steigern, so darf sie sich nicht gegen grundlegende Lebensnotwendigkeiten der Gesellschaft wenden. Tut sie das, so verliert sie ihre feste Basis im Volke. Sie kann sich also nicht grundsätzlich der imperialistischen Entwicklung in den Weg stellen, denn diese wird, wie wir im ersten Teil dieser Schrift gesehen haben, von starken, ja zwingenden volkswirtschaftlichen Bedürfnissen getragen. Aber sie muß fort und fort auf der Wacht stehen, um die besonderen Arbeiterinteressen in dieser Entwicklung wahrzunehmen und um die Methoden der imperialistischen Politik zu humanisieren und ihrer internationalen Gefahren zu entkleiden.

Eine solche Politik wird zähe Widerstände in der Arbeiterbewegung selbst zu überwinden haben. In Formeln und Schlagworten erstarrte Doktrinen stehen ihr entgegen. Sicherlich wird sich solche Politik nicht ohne schmerzliche Wehen durchsetzen. Aber sie wird sich durchsetzen, weil sie die einzig mögliche Politik einer Massenbewegung ist, die nicht bloßen, in himmelweiten Fernen liegenden Idealen leben kann, sondern die ihrem eigenen Heute und Morgen gerecht werden muß. Das realpolitische Gefühl der Klasse hat die Bewegung bei Kriegsausbruch zum ersten Male auf die Bahn einer solchen Politik geführt. Klärt sich dies Gefühl zur Einsicht und Ueberzeugung, so eröffnen sich der Politik der Arbeiterklasse Ausblicke von weltgeschichtlicher Weite und Größe; und die Zukunft wird es erweisen, daß sie ihren Zielen niemals treuer diene als in der Zeit, wo man ihr vorwarf, sie zu verleugnen.





Der Krieg und die Arbeiterinternationale.

In den Verbindungen und Beziehungen der Arbeiter von Land zu Land waltet der Gedanke von der Harmonie der Interessen aller Proletarier vor. Das Proletariat nimmt in allen von der industriekapitalistischen Wirtschaftstechnik beherrschten Ländern die gleiche sozialgeschichtliche Stellung ein. Es ist überall als die jüngste der sozialen Klassen entstanden und stößt überall auf die gleichen Hemmungen seines Aufstiegs. Es sieht in jedem Lande, wenn auch national abgetönt, so doch grundsätzlich die gleichen Leiden, die gleichen Widerstände, und es setzt sich darum in jedem Lande die gleichen Ziele.

Diese Auffassung beherrschte das geistige Wesen der Arbeiterinternationale.

Da mußte der Gedanke an die Möglichkeit eines Krieges, bei dem sich die Arbeiter mit den Waffen in der Hand als Feinde gegenüberstehen würden, stets Abscheu und Schrecken erzeugen; zu der humanitären Auffassung, die jeden fühlenden Menschen mit Scheu und Grauen vor dem Kriege erfüllt, kam hier noch der Gedanke, daß der Krieg Menschen zwingen würde, sich gegenseitig zu töten, die durch die gleichen politischen und kulturellen Ideale verbunden sind. Die Frage nach dem Verhalten der Arbeiterinternationale im Falle eines Krieges hat darum den Meinungsaustausch zwischen den Arbeitern der einzelnen Nationen auf Konferenzen und Kongressen stets sehr stark beschäftigt. Die Arbeiterorganisationen aller Länder waren sich darin einig, daß man alle erfolgversprechenden Mittel anwenden müßte, um einen Krieg zu verhindern. Was dann zu tun wäre, wenn der Krieg trotz der Friedensbemühungen der Arbeiter ausgebrochen sei, darüber bestand, so viel man diese Frage auch erörterte, keine Einmütigkeit. Sowohl Vertreter englischer Arbeiter wie französische Sozialisten forderten für diesen Fall den Massenstreik; auf französischen Kongressen wurde sogar der Militärstreik und der bewaffnete Widerstand gegen die Mobilisierung gefordert. Die internationalen Kongresse lehnten jedoch dahingehende Anträge ab. Bestand somit auch keine Verpflichtung zu einer Haltung im Sinne dieser Anträge, so bestand doch aber in manchen Ländern die Auffassung, daß die Internationale einen Krieg, wenn er trotz ihres Widerstandes ausbräche, nicht ruhig hinnehme, sondern ihren Widerstand fortsetzen würde. In dieser Auffassung ist ein guter Teil der in der Bewegung tätigen Arbeiter groß geworden.

Da mußte die Haltung der Arbeiterschaft, sowohl ihrer Masse wie ihrer offiziellen Organe, wie ein Wetterschlag wirken. Jahrzehntlang hatte man den Gedanken der internationalen Solidarität verkündet und gefeiert. Jahr für Jahr hatte man ihm am 1. Mai gehuldigt. Die

Führer der Arbeiter waren von Land zu Land gegangen, hatten als Botschafter der Brüder jenseits der Grenzen gesprochen und das Vertrauen zu der unverbrüchlichen Festigkeit der internationalen Gemeinschaft immer inniger und stärker werden lassen. Man hatte die Kämpfe der Bruderorganisationen in den andern Ländern mit Teilnahme verfolgt und oft werktätig unterstützt. Man hatte ihre Niederlagen mit betrauert und über ihre Siege und Erfolge mit gejubelt. Es war allmählich ein Verhältnis entstanden, in dem man sich wie eine große Familie fühlte: ob Franzose, ob Italiener, ob Ungar, ob Deutscher oder Skandinavier — alle waren kämpfende Proletarier und durch gemeinsame Liebe und gemeinsamen Haß, durch Gemeinsamkeit des Willens zu brüderlicher Genossenschaft verbunden. Und nun schritten die gleichen Proletarier in Wehr und Waffen daher, nun standen sie unter den Fahnen ihres Landes und dachten gar nicht daran, Massenstreik und Insurrektionen zu beginnen, sondern verteidigten mit den Waffen ihr Land und seine Zukunft. Selbst bei größter Zurückhaltung muß man anerkennen, daß die internationalen Beziehungen der Arbeiter durch den Krieg einen gefährlichen Stoß erhalten haben. Suchen wir die entscheidenden Tatsachen festzuhalten.

Noch bevor der deutsche Reichstag zusammentrat und ehe die Haltung der deutschen Arbeiterklasse bekannt war, nahmen die französischen Sozialisten, das heißt die maßgebende Pariser Organisation, in einer großen Versammlung zu der Lage Stellung — Sonntag, den 2. August. In dieser Versammlung, über die eine in Chaux-de-Fonds (Schweiz) erscheinende Zeitung „La Sentinelle“ einen ausführlichen Bericht gebracht hat, ergriffen die prominentesten Führer der französischen Arbeiter das Wort. Nach diesem Bericht erklärten alle Redner: Dubreuilh, Billaud, Longuet, Cachin, Compère-Morel, Marcel Sembat, daß es sich jetzt darum handele, „unsere ganze Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen“ (Cachin); sie würden „ihre patriotischen wie auch ihre sozialistischen Pflichten zugleich erfüllen“ (Billaud); wie könnten sie bei einem feindlichen Einmarsch „nicht die ersten sein, das Frankreich der Enzyklopädisten, von 1793, das Frankreich des Juni 1848, das Frankreich des Proudhon, des Proudhon zu verteidigen!“ (Longuet). Wohl gedachte man der internationalen Pflichten, aber nur, um mit Beifriede festzustellen, daß die vereinten Bemühungen der Sozialisten aller beteiligten Länder um die Erhaltung des Friedens ohne Erfolg geblieben seien, und daß jetzt, in der Stunde der Gefahr für das Vaterland, vor allem die nationale Unabhängigkeit gesichert werden müsse. Mit überquellender, hinreißender Begeisterung wurde der Gedanke von der Verteidigung des Vaterlandes gefeiert.

Um dieselbe Zeit wälzten sich die Massen der russischen Kavallerie gegen die deutsche Ostgrenze. Auch das Vaterland der Deutschen war in Gefahr. Die deutschen Arbeiter und ihre sozialistischen Wortführer erklärten, wenn auch weniger geräuschvoll und in bescheideneren Worten, daß gleiche — auch sie wollten ihr Land in der Stunde der Gefahr nicht im Stich lassen.

Am 4. August 1914 und später im Dezember stimmten deutsche und französische Sozialisten in den Parlamenten für die Kriegsanleihen, die deutschen mit einer den Parteistandpunkt wahrenen Erklärung, die französischen stillschweigend; „getreu der Disziplin der Einigkeit, welche sich die Nation dem Feinde gegenüber auferlegt hat, hat die sozialistische Fraktion im Parlament auch nicht mit einem Worte die von allen Franzosen beschlossene Einheit trüben wollen und sich jeder Erklärung enthalten; sie hat sich die Lösung zu eigen gemacht, welche die verantwortliche Regierung formuliert hat“, sagte die Partei in einem Manifest vom 25. Dezember.

Bald nach Kriegsausbruch bahnte sich in Deutschland sowohl wie in Frankreich und England ein Zusammenarbeiten von Staatsgewalt und Arbeiterschaft an. In Deutschland verhandelten die Gewerkschaften mit den Regierungsvertretern über Maßnahmen zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit und zur Vermittlung der Arbeitskräfte, über Entlohnung der bei öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter, über Maßnahmen zur Sicherstellung der Volksernährung. Das gleiche geschah in Frankreich; zwei der bekanntesten Sozialistenführer, Guesde und Sembat, traten in das Ministerium ein, Gewerkschaftsführer, darunter der Sekretär der Confédération, Jouhaux, bereisten als „Kommissare der Nation“ das Land und predigten den Massen Hingabe und Ausdauer für die Sache des Vaterlandes. In England begrüßten Gewerkschaftsführer das offen ausgesprochene Ziel des Krieges: die Vernichtung der Wirtschaftsmacht Deutschlands, und forderten die Arbeiter auf, ihr Verhalten diesem Ziele unterzuordnen und sowohl jede Arbeitseinstellung zu unterlassen, wie zur Leistung von Überstunden bereit zu sein. Henderson, einer der ersten englischen Arbeiterführer, wurde als Mitglied in den geheimen Staatsrat, die höchste politische Körperschaft, berufen.

Jetzt stand nicht mehr der äußere Zwang, jetzt standen Unterschiede der politischen Interessen und Meinungen trennend zwischen den einzelnen Gliedern der Internationale. Und je länger der Krieg dauerte, um so schärfer traten diese trennenden Punkte hervor. Es ist von Einseitigkeit weit entfernt, wenn wir aussprechen, daß die Arbeiterschaft keines beteiligten Landes weniger zu der daraus entstandenen Entfremdung beigetragen hat als die deutsche.

Kein Mensch von allen, die nicht unmittelbar den Zug durch Belgien miterlebten, kann sagen, was dabei an Härten und Roheiten vorgekommen ist. Wir, die wir unsere Landsleute und Arbeitsbrüder, die als Soldaten ihre Pflicht tun, doch wohl am besten kennen, wir glauben nicht an die fürchterlichen Geschichten, die man von ihnen erzählt, wir glauben nicht, daß sie Greise und Kinder niedergestochen, Frauen geschändet und Säuglinge aufgespießt haben. Wir kennen auch das deutsche Heer gut genug, um zu wissen, daß der deutsche Soldat es getrost mit jedem andern an Manneszucht aufnehmen kann. Wir glauben an diese Greuelgeschichten ebensowenig, wie wir an die Verstümmelungen, an die ausgestochenen Augen und an die Granatenzigarren glauben, die eine sensationssüchtige Presse und eine leichtgläubige Menge in Deutschland den Belgiern zur Last legt.

Aber was die kochende Phantasie belgischer Flüchtlinge und die Lügenhaftigkeit nationalistischer Sekjournalisten den deutschen Soldaten andichtete, das haben Organe der Arbeiterschaft in Frankreich und England, zum Teil sogar in Italien und Amerika, Holland und Skandinavien nicht nur für bare Münze genommen, sondern zu einer haßerfüllten Heze gegen das deutsche Volk benutzt. Unbesehen hat die italienische und der größte Teil der amerikanischen Arbeiterpresse alle von den Regierungen der Entente-mächte verbreiteten Greuelgeschichten aufgenommen und weiterverbreitet. „Die deutschen Barbaren“ — das las man als Bezeichnung des ganzen deutschen Volkes in dem allergrößten Teile der ausländischen Arbeiterpresse. Der deutsche Arbeiter mußte allen Ehrgefühl bar sein, er mußte auch alle ihm aus seiner Bewegung überkommenen Kulturideale vergessen haben, wenn er das gleichgültig hingenommen hätte. Das Zentralblatt der italienischen Sozialisten brachte eine Reihe von Karikaturen, deren eine den deutschen Soldaten als Einbrecher mit Diebzlaterne, Dietrichen und Brecheisen darstellte. Der Umstand, daß diese ungerechten Beschimpfungen von den Organen einer Arbeiterschaft kamen, die wie keine andere die materielle und moralische Hilfe der deutschen Arbeiter gesucht und gefunden hat, mußte die Wirkung eines solchen Verhaltens selbstverständlich vertiefen. Das — es war nicht anders möglich — mußte eine Störung, eine erhebliche innerliche Entfremdung zur Folge haben.

In der gleichen Richtung wirkten Auslassungen folgender Art. Die „Bataille Syndicaliste“, das Tageblatt der Pariser Gewerkschaften, das bis zum Kriege einen halzbrecherischen Antimilitarismus und Antipatriotismus predigte, brachte Anfang August folgenden Aufruf (wir zitieren nach „Le Peuple“, Brüssel, vom 10. August):

Die französische Republik kämpft für die Freiheit Europas.

Die Existenz des Deutschen Reiches ist eine Gefahr für die Freiheit aller Völker.

Europa muß das Deutsche Reich zerstören, jene monströse Militärmacht, welche die universelle Versklavung anstrebt.

Das französische Volk bekämpft nicht das deutsche Volk.

Es spricht zu dem deutschen Volk: „Erhebe Dich gegen Deine Tyrannen, im Namen Deiner eigenen Freiheit und der Freiheit aller Völker.“

Proklamiere die Republik in Berlin, in Dresden, in München, in Stuttgart, in Karlsruhe.

Wenn einmal das Deutsche Reich durch die doppelte Anstrengung des französischen Volkes und des deutschen Volkes zerstört ist, dann sind der Friede und die Freiheit gesichert.

In einem Deutschland, das frei geworden ist und entledigt seiner Tyrannen, wird das deutsche Volk, auf den Ruinen des militärischen Kaiserreiches, eine friedfertige Konföderation freier Republiken aufzurichten wissen: der sächsischen Republik, der bayerischen Republik, der württembergischen Republik, der badischen Republik und der preussischen Republik.

Und zu beiden Ufern des Rheins werden Franzosen und Deutsche sich als Brüder die Hände reichen.

Die Völker sind für uns Brüder und die Tyrannen die Feinde.“

Hier bekennt sich also der äußerste linke Flügel der französischen Arbeiterbewegung zu den politischen Zielen der Ententepolitiker: Zerstückelung Deutschlands, Vernichtung der nationalen Einheit, Auflösung des Deutschen Reiches in eine Anzahl ohnmächtiger Kleinstaaten, die ein bequemer Gegenstand wirtschaftlicher und politischer Mißhandlung durch die übrigen Staaten wären, wie sie es Jahrhunderte hindurch waren. Was will es besagen, wenn diesem Programm, dessen Verwirklichung der letzte deutsche Proletarier bis zum letzten Hauch widerstreben muß, die Phrase von den Völkern und Tyrannen angehängt wird: sind die Beherrscher der französischen Republik, die schon unzähligemal die Kleinkalibrigen auf Streifenbe richten ließen, oder die Machthaber Englands, die die Völker Indiens mit Schwert und Galgen niederhalten, oder sind schließlich die Regierenden Rußlands etwa der Inbegriff der Freiheit, mit der man uns beglücken will?

Anderere französische Sozialisten, so Guesde und Vaillant, haben sich lange und eifrig bemüht, Italien zur Kriegserklärung an Deutschland zu bewegen. Sie richteten Briefe an die Sozialisten Italiens und beschworen sie, ihre Forderung der Neutralität aufzugeben und im Interesse der „lateinischen Kultur“ auf den Krieg gegen Deutschland zu drängen. Sie fanden in Italien zwar nicht überall, so doch aber bei einem großen Teil der sozialistischen Politiker Anklang. Reformisten, Altsozialisten und Syndikalisten sprachen sich für die Intervention, das heißt für den Krieg gegen Deutschland und Oesterreich aus. Und alles das im Namen des „Sozialismus“, der „Freiheit“, der „Kultur“ und der „Humanität“. So heißt es in einem Manifest der Reformisten:

„Die bekanntesten und bedeutendsten unter den französischen Sozialisten verhehlen nicht ihre schmerzliche Ueberraschung angesichts der Stellungnahme der sozialistischen Partei Italiens, Guesde und Sembat in gewissen Interviews, Hervé, Vaillant, Cipriani in Artikeln und Briefen haben mit ernstesten Worten diesem Seelenzustande der französischen Sozialisten Ausdruck verliehen; er ist sicher derselbe der Sozialisten Englands, Belgiens und Rußlands. Dagegen freuen sich die Sozialisten Deutschlands und Oesterreichs über den Neutralismus der italienischen Sozialisten, der ganz nach ihrem Wunsche ist. Demgegenüber wollen wir alle Genossen wissen lassen, daß wir uns nicht die Verachtung der einen zuziehen und auch nicht das Lob der andern einheimfen wollen... Die reformsozialistische Partei Italiens... hat durch ihre leitenden Organe erklärt, daß sie die Notwendigkeit einer Intervention Italiens fühle, nicht nur zur Verteidigung ihrer nationalen Interessen, sondern auch zur Verteidigung der englisch-französisch-belgischen Sache, die die Sache der Freiheit und des Friedens ist... Mögen also die Sozialisten der durch den deutschen und österreichischen Imperialismus angegriffenen Länder wissen, daß... wir nur darauf warten, um unsererseits zu intervenieren und darauf hinarbeiten.“

Diese Stimmung beschränkte sich aber durchaus nicht auf die Reformsozialisten, ebenso wie bei ihnen fand der Gedanke, Italien in den Krieg gegen Deutschland und Oesterreich zu heßen, bei der marxistischen Partei Anhänger. Verba, ihr bedeutendster Vertreter, einige Zeit auch der Sekretär der Partei, sprach sich nach der „Humanité“ dahin aus: „Die Männer,

die sich ohne persönliches Interesse nur von ihrem sozialistischen Gewissen leiten lassen, wünschen, daß Italien seine Neutralität, die nur im Interesse der Barbarei und der Reaktion liegt, zugunsten der Zivilisation und der Demokratie der Völker der Tripelentente aufgebe."

Bei den Syndikalisten vollends war die Begeisterung für den Krieg gegen Deutschland und Oesterreich so groß, daß viele von ihnen als Freiwillige nach Frankreich gingen und dort gegen Deutschland kämpften.

Das alles ist vom Standpunkte des internationalen Sozialismus sehr bedauerlich, aber es sind Tatsachen, und wir führen es hier nicht an, um den ausländischen Sozialisten und Gewerkschaftern Vorwürfe zu machen, sondern um die Tatsachen zu fixieren, deren Kenntnis für die jetzige und künftige Beurteilung der Arbeiterinternationale unerläßlich ist. Diese Tatsachen wären noch nicht vollständig, wollte man den Ruf des alten französischen Marxisten Baillant nach japanischer Hilfe gegen Deutschland verschweigen. Mehrfach hat Baillant in Zeitungsartikeln die französische Regierung gebrängt, die Hilfe der Japaner herbeizuschaffen, auch wenn es einige asiatische Besitzungen kosten sollte. Diese Japaner sollten also für das deutsche Volk die Wonnen republikanischer Freiheiten erkämpfen!

Ähnliche Erscheinungen traten in England zutage, wo es der zweiundsiebzigjährige Marxist Hyndman war, der sich in Aufrufen gegen Deutschland nicht genug tun konnte. Hyndman fordert gleichfalls die Zerkümmernung des Deutschen Reiches, den Rhein im Westen, die Weichsel im Osten als Grenze. Dem verbleibenden Rest soll dann von den Verbündeten vorgeschrieben werden, was er zur Sicherung seiner Unabhängigkeit und zum Schutze seiner Interessen tun darf.

Fassen wir alle diese Erscheinungen von ihrer grundsätzlichen Seite ins Auge, so ergibt sich, daß sie weit über den Rahmen der Verteidigung des eigenen Landes hinausgehen, daß sie klar und deutlich die Vernichtung der staatlichen Existenz des deutschen Volkes zum Ziele haben. Wohin wir blicken, wir sehen in der internationalen Arbeiterbewegung, durchaus nicht nur in den Ländern der Tripelentente, eine Gesinnung, die für alles, was von englischer und französischer Seite geschieht, Sympathie und Verständnis hat, dagegen alles, was von Deutschland kommt, im Namen der Kultur, der Freiheit und des Sozialismus verurteilt und verdammt. So sieht man dort auch die Haltung der englischen und französischen Sozialisten als die selbstverständlichste Sache an, während man für die Haltung der deutschen Arbeiterschaft nur härteste Mißbilligung und schärfsten Tadel hat. Französische und englische Sozialisten bleiben, was sie sind, wenn sie in patriotischer Begeisterung selbst die Kapitalisten ihres Landes übertreffen; die deutschen Arbeiter werden zu „Knechten des Kaiserismus“, wenn sie die Zukunft ihres Landes gegen eine bedrückende Uebermacht verteidigen. Mehr als dies hat die deutsche Arbeiterschaft bisher noch nicht getan — man wird vergebens bei ihr nach Kundgebungen suchen, die sich mit den hier wiedergegebenen Äußerungen vergleichen ließen.

Man fragt sich, woher diese allgemeine Uebelwollen gegenüber dem deutschen Volk kommt, zumal doch keine Arbeiterschaft in so selbstloser und großzügiger Weise der internationalen Solidarität gedient hat, wie gerade die deutsche. Es ist nicht leicht, eine Erklärung dafür zu finden. Vielleicht hat gerade das entschiedene Bekenntnis der deutschen Arbeiter zum Internationalismus Erwartungen entstehen lassen, die, als sie bei Ausbruch des Krieges enttäuscht werden mußten, in Entrüstung und Verbitterung umschlugen, die dann zu einer gerechten Beurteilung unfähig machten. Von hier aus läßt sich diese ganze Stimmung gegen das deutsche Volk sehr wohl verstehen. Die deutsche Arbeiterbewegung hatte durch ihre zahlenmäßige, organisatorische und geistige Stärke den Vorrang unter ihren internationalen Schwestern. Ihre Kämpfe und Äußerungen lenkten mehr als die der andern Bewegungen die Blicke der Welt auf sie. Die notwendige Kritik an innerpolitischen Zuständen und Erscheinungen hatte darum im Munde deutscher Arbeiterführer, in den Spalten deutscher Arbeiterblätter für das Ausland ein ganz besonderes Gewicht. Man kannte Deutschland eben zu wenig. In weiten Kreisen des Auslandes hat man mehr als einmal geglaubt, Deutschland stünde dicht vor der Revolution. Die gleichen Umstände, die der deutschen Arbeiterbewegung eine so scharfe Kampfstellung gegen die Staatsgewalt aufnötigten, hinderten sie auch, die unleugbaren und bedeutenden Vorzüge, die der deutsche Arbeiter in sozialer Hinsicht vor seinen Genossen der meisten andern Länder voraus hat, nach Gebühr anzuerkennen und zu betonen. So lebte man im Auslande, selbstverständlich auch in den arbeitenden Klassen des Auslandes, einer falschen Vorstellung von der Stellung und von der Gedankenwelt der deutschen Arbeiter. Man kannte wohl die Schattenseiten des inneren Deutschland, man kannte ungefähr den Charakter der Wahlrechte zu den einzelstaatlichen Parlamenten, man kannte die verschiedentlichen Versuche, das Koalitionsrecht einzuschränken, man hatte zuweilen von den Gefindeordnungen gehört; man kannte das alles und mußte, wie heftig sich die Millionen der Klassenbewußten Arbeiter dagegen empörten; aber man kannte wenig von den deutschen Sozialgesetzen, von dem trotz aller Mängel und Unzulänglichkeiten wichtigen und wertvollen Versicherungswesen, von den Arbeiterschutzgesetzen: was man vielleicht davon kannte, beruhte auf Äußerungen deutscher Arbeiter, die der Kritik im Kampfe für Verbesserungen dieser Gesetze gedient hatten, und die selbstverständlich die Mängel und Unzulänglichkeiten voranstellten. Man lebte einer Vorstellung von der deutschen Arbeiterschaft, die es für unmöglich hielt, daß die deutschen Arbeiter im Falle eines Krieges mit der Gesamtheit ihres Volkes zusammenstehen und für die staatliche Einheit der deutschen Nation in die Schranken treten könnten. Als das dann doch geschah, war die Enttäuschung da, der sofort die Entrüstung und Verurteilung folgte.

Doch ganz gleich, wo die Ursachen für diese Erscheinungen zu suchen sind, so wie die Dinge liegen, bleibt die Tatsache bestehen, daß der proletarische

Internationalismus einen schweren Stoß erhalten hat. Wie und wann er ihn zu überwinden vermag, bleibt ungewiß, aber er wird ihn überwinden.

Freilich wird man nicht so töricht sein, zu glauben, man könne einfach dort wieder anfangen, wo uns der Krieg zum Aufhören gezwungen hat. „Wir bleiben, was wir waren!“ ist sehr gut gemeint; aber wir müssen wissen, daß eine so bedeutsame Sache wie der proletarische Internationalismus nicht aus dem reinen Willen der Menschen entstehen und gedeihen kann, sondern sowohl an sich, wie in Wesen und Form von ökonomischen und historischen Voraussetzungen abhängig ist. Der proletarische Internationalismus der Zukunft muß von der Anerkennung der Tatsache ausgehen, die sich in diesem Kriege mit eherner Wucht erwiesen und behauptet hat, daß nämlich bei den Kriegen der Völker, wo die nationale Selbständigkeit und die ökonomischen Lebensinteressen der Nation auf dem Spiele stehen, die nationale Solidarität der internationalen vorausgeht. Schwärmerische Internationalisten mögen es beklagen und schelten: einer um die Zukunft ringenden Bewegung bleibt nur übrig, auszusprechen, was ist; wir können uns durch nichts anderes orientieren als durch Tatsachen. Wer sich vor Tatsachen fürchtet, hat keine Zukunft mehr, und so wird auch der proletarische Internationalismus nur dann noch eine wirkliche und eine große Zukunft haben, wenn er sein Werk auf dem Boden dieser Tatsache neubegründet und fortsetzt. *Es bleibt uns nichts anderes übrig, als...*

Das gilt vornehmlich für den politischen Internationalismus der Arbeiterklasse, aber auch für die gewerkschaftliche Internationale insoweit, als ihre Wirksamkeit von der Idee der allgemeinen proletarischen Solidarität getragen wird. Die gewerkschaftliche Internationale ist — man muß das beachten, wenn man ihre künftigen Möglichkeiten beurteilen will — weit mehr als die politische von täglich wahrgenommenen greifbaren Interessen der Organisationen ins Leben gerufen.

Es waren die beruflich-wirtschaftlichen Interessen, die Entstehung und Wesen der gegenseitigen Beziehungen und Verpflichtungen bestimmten. Das wird klar genug durch die Tatsacheargetan, daß die ersten internationalen Beziehungen zwischen gewerkschaftlichen Organisationen nicht durch die Zentralen, sondern durch einzelne Berufsverbände hergestellt wurden. Immer waren es tatsächliche Bedürfnisse, die den Wunsch nach Fühlungnahme mit den Berufsgenossen anderer Länder entstehen ließen und schließlich zu festen Beziehungen führten. Im allgemeinen bildeten die Interessen des Kampfes gegen das Unternehmertum die zu internationalen Beziehungen treibende Kraft. Überall, wo entweder die Arbeitskräfte oder die Produkte von Land zu Land ausgetauscht wurden oder im Notfall leicht ausgetauscht werden konnten, erheischte das gewerkschaftliche Kampfinteresse die Unbahnung von Beziehungen und die Verständigung über gegenseitige Hilfe und Unterstützung. Man braucht nur einen Blick auf die verschiedenen Berufsgenossen der gewerkschaftlichen Internationale zu werfen, um dafür die Belege zu finden. So sind die internationalen Beziehungen

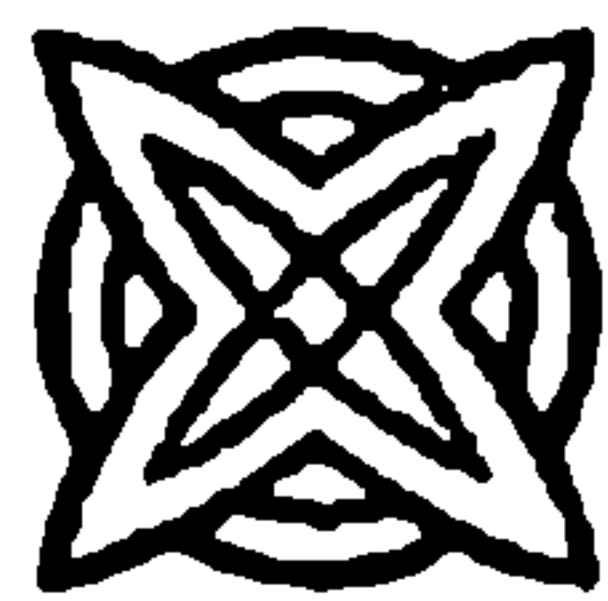
in den Berufen und Industrien am ältesten und ausgebildetsten, wo die internationale Beeinflussung der gewerkschaftlichen Kämpfe am besten möglich ist. Für Kämpfe im Bergbau ist die Lage des Kohlenmarktes von nicht geringer Bedeutung; die Einschränkung der Kohlenförderung in einem Land durch Verweigerung von Ueberarbeit kann für die kämpfenden Bergarbeiter eines andern Landes eine wertvolle Hilfe sein. Bei Kämpfen der Hafenarbeiter und Seeleute liegt der hohe Wert internationaler Solidarität klar zutage; die Weigerung, von Streikbrechern beladene Fahrzeuge zu löschen, kann die Stellung der Streikenden außerordentlich stärken, während anderseits die Bemannung bestreikter Schiffe durch Seeleute anderer Länder einem Kampfe höchst verderblich werden müßte. Es ist kein Zufall, daß die internationalen Verbindungen der Bergleute und Transportarbeiter sowohl die ältesten als auch die festesten sind. Im Baugewerbe hat die Konkurrenz billiger ausländischer Arbeitskräfte frühzeitig zu internationalen Beziehungen geführt. Böhmen, Holland und vor allem Italien waren die großen Reservoirs, aus denen die Unternehmer ihren Bedarf an Streikbrechern decken konnten; die Folge war, daß die deutschen Bauarbeiterverbände Verbindungen mit den Organisationen in jenen Ländern suchten, um mit deren Hilfe dieser Gefahr zu wehren.

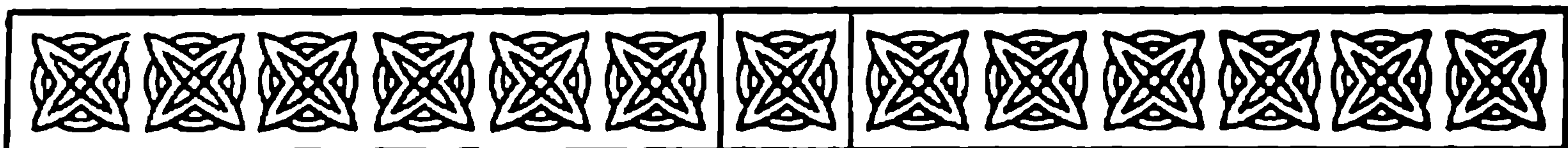
Solcherart waren die ersten Anregungen zur Anbahnung internationaler Fühlungnahme der gewerkschaftlichen Organisationen. Aber, wie das häufig der Fall ist, so erweiterte sich auch hier allmählich das Tätigkeitsfeld. Der starke Austausch der Arbeitskräfte von Land zu Land machte es wünschenswert, feste Regeln für die Behandlung der Organisierten in den Organisationen anderer Länder aufzustellen. Das bedeutete nicht nur eine stärkere Bindung der bestehenden internationalen Beziehungen, sondern reizte auch an, sie auf die Länder zu übertragen, die bisher der Verbindung noch fernstanden, gab auch den Berufen, die bisher noch keine internationalen Beziehungen unterhielten, Anlaß, solche anzustreben. Je mehr das gewerkschaftliche Unterstützungswesen an Umfang und Bedeutung gewann, desto wertvoller wurden solche Vereinbarungen von Land zu Land. Die Ausdehnung der Unternehmerorganisation und die damit gegebene Vergrößerung der Arbeitskämpfe legten der gewerkschaftlichen Internationale eine weitere Bedeutung bei. Dort, wo die Entwicklung der Unternehmerorganisation Aussperrungen größten Stills möglich gemacht hatte oder möglich erscheinen ließ, rückte auch die Notwendigkeit näher, die Hilfe der Berufsgenossen in andern Ländern bei der Ausbringung der Unterstützungsgelder in Anspruch zu nehmen. Wir wissen, daß dies wiederholt geschehen mußte. Vielfach benutzte man seit einigen Jahren die internationalen Beziehungen auch, um sich gegenseitig über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, über Fragen der Vertragstechnik und über Arbeiterschutzgesetze zu unterrichten; man verschaffte sich damit Kenntnis von Dingen, die man im eigenen Land gut verwerten konnte. So hatte sich allmählich (und, wenn man bedenkt, daß dies in knapp 15 Jahren geschah, ziemlich schnell) eine Fülle internationaler

Beziehungen gebildet, die, weit besser als es die sozialistische Internationale konnte, die Massen der Arbeiter in den erfaßten Ländern einander näher brachten und ihnen den Wert internationaler Solidarität handgreiflich vor Augen führten.

Gewiß sind auch diese Verbindungen heute getrübt und wohl gar gestört. Aber sie sind nicht zerstört, sie ruhen zum größten Teile während des Krieges; aber es ist nicht anzunehmen, daß man in einem der beteiligten Länder ernstlich daran denkt, sie verfallen zu lassen. Sobald der Friede da ist, wird man sie wieder aufnehmen, selbst dort, wo man mit oder ohne Recht über die Haltung der Organisationsgenossen in den andern Ländern ungehalten oder gar empört ist. Das könnte nur anders sein, wenn das tatsächliche Bedürfnis nach Verbindungen von Land zu Land nicht mehr bestehen sollte. Aber in einer Welt, wo der Verkehr der Menschen und Güter eine zwingende Voraussetzung des Wirtschaftslebens ist und wo es Arbeiterorganisationen gibt, da muß sich das Bedürfnis nach internationaler Fühlungnahme und Verständigung immer wieder nachdrücklich anmelden.

Und darum ist der Internationalismus der Arbeiterklasse nicht tot. Er ist zurückgetreten, weil er den Aufgaben, die man ihm in Unkenntnis von entgegenstehenden stärkeren Kräften gestellt, nicht gerecht werden konnte. Aber er wird wieder in den Vordergrund treten, geklärt und fester begründet als je zuvor, um seine geschichtlich notwendige Sendung zu vollenden. ()





Nach dem Kriege.

Wohl scheint, wo wir diese Arbeit abschließen, der Friede noch fern. Große Erfolge haben deutsche Kraft und deutscher Geist errungen, das Land ist trotz der unbezweifelbaren Uebermacht unserer Feinde bis auf einen Teil Ostpreußens und einen schmalen Streifen der Reichslande von Feinden frei geblieben. Vergeblich rennen die Heere Frankreichs und Englands gegen die deutsche Stellung im Westen an, vergeblich setzen sich die gewaltigen Heersäulen Rußlands immer wieder gegen die deutsche Grenze in Marsch — ruhmlose Niederlagen und riesenhafte Verluste müssen sie dabei erleiden. Aber trotz alledem wird noch mancher Monat vergehen, ehe ein ehrenvoller und sicherer Friede möglich ist.

Es mag darum vermessen erscheinen, heute schon über die Zukunft zu sprechen. Wenn wir dennoch ein Wort darüber sagen, so geschieht es nur, um zwei Tatsachen zu zeigen, die heute schon feststehen und die bei jedem Ausgange des Krieges von überragender Bedeutung sein werden.

Die erste Tatsache ist das nach dem Kriege sofort eintretende starke Geldbedürfnis des Reiches. Dies ist mit Sicherheit zu erwarten, wie sich aus einer sehr einfachen Ueberlegung ergibt. Der Krieg hat das Reich genötigt, große Anleihen aufzunehmen. Wie hoch die Schuldenlast des Reiches bei Beendigung des Krieges sein wird, vermag heute zwar noch niemand zu sagen; jedoch werden wir bei dem künftigen Zinsen- und Schuldentilgungsdienst des Reiches mit sehr hohen Beträgen, vielleicht mit einer Milliarde oder mehr pro Jahr, rechnen müssen. Dazu kommen die Anforderungen der Veteranenfürsorge, die sicher jährliche Aufwendungen in Milliardenhöhe verlangen werden. Diese riesigen Summen müssen neben den sonstigen Bedürfnissen des Reichshaushalts aufgebracht werden, sie sind für den einen wie für den andern Zweck unabweisbar notwendig. Damit kommen wir zu einem Geldbedarf des Reiches, der mit den alt-hergebrachten Mitteln (Zölle, Steuern) unmöglich zu beschaffen ist. Das Mittel, womit das Reich diesen Verpflichtungen gerecht werden kann, ist die Verstaatlichung großer Produktionszweige. Solche staatssozialistischen Maßnahmen liegen heute, nach der Beschlagnahme der Getreidevorräte, nach der staatlichen Regelung des Brotverbrauchs, nach der Schaffung des Stickstoffmonopols, keineswegs mehr in der Sphäre des Unfaßbaren und Unmöglichen. Wie der Druck der Kriegsnot die Staatsmänner zu Eingriffen gezwungen hat, die in der Richtung der Sozialisierung des Wirtschaftslebens liegen, so wird sie auch die Notlage des Reiches bei der Erfüllung der unabweisbaren finanziellen Verpflichtungen zwingen, die ungangbar gewordenen Wege der Wirtschaftspolitik zu verlassen und die

Handwritten notes:
1. 10. 1918
2. 11. 1918
3. 12. 1918
4. 1. 1919
5. 2. 1919
6. 3. 1919
7. 4. 1919
8. 5. 1919
9. 6. 1919
10. 7. 1919
11. 8. 1919
12. 9. 1919
13. 10. 1919
14. 11. 1919
15. 12. 1919
16. 1. 1920
17. 2. 1920
18. 3. 1920
19. 4. 1920
20. 5. 1920
21. 6. 1920
22. 7. 1920
23. 8. 1920
24. 9. 1920
25. 10. 1920
26. 11. 1920
27. 12. 1920
28. 1. 1921
29. 2. 1921
30. 3. 1921
31. 4. 1921
32. 5. 1921
33. 6. 1921
34. 7. 1921
35. 8. 1921
36. 9. 1921
37. 10. 1921
38. 11. 1921
39. 12. 1921
40. 1. 1922
41. 2. 1922
42. 3. 1922
43. 4. 1922
44. 5. 1922
45. 6. 1922
46. 7. 1922
47. 8. 1922
48. 9. 1922
49. 10. 1922
50. 11. 1922
51. 12. 1922
52. 1. 1923
53. 2. 1923
54. 3. 1923
55. 4. 1923
56. 5. 1923
57. 6. 1923
58. 7. 1923
59. 8. 1923
60. 9. 1923
61. 10. 1923
62. 11. 1923
63. 12. 1923
64. 1. 1924
65. 2. 1924
66. 3. 1924
67. 4. 1924
68. 5. 1924
69. 6. 1924
70. 7. 1924
71. 8. 1924
72. 9. 1924
73. 10. 1924
74. 11. 1924
75. 12. 1924
76. 1. 1925
77. 2. 1925
78. 3. 1925
79. 4. 1925
80. 5. 1925
81. 6. 1925
82. 7. 1925
83. 8. 1925
84. 9. 1925
85. 10. 1925
86. 11. 1925
87. 12. 1925
88. 1. 1926
89. 2. 1926
90. 3. 1926
91. 4. 1926
92. 5. 1926
93. 6. 1926
94. 7. 1926
95. 8. 1926
96. 9. 1926
97. 10. 1926
98. 11. 1926
99. 12. 1926
100. 1. 1927

Bege zu beschreiten, die allein zur Gesundung und zu neuer Kraft führen können.

Deutschland kann aber auch dann nur zu neuen Höhen staatlichen und wirtschaftlichen Daseins emporsteigen, wenn es die Hemmungen beseitigt, die der Zusammenfassung aller Volkskräfte zu einem Ganzen bisher im Wege standen. Die Hemmungen bestehen vornehmlich in der Ab-sperrung der zahlreichsten Klasse des Volkes, des Proletariats, von der Teilnahme an der Leitung und Verwaltung des öffentlichen Wesens. Kein aufmerksamer Mensch kann heute verkennen, daß dieser Umstand die Stellung Deutschlands in der Welt und in diesem Weltkriege sehr nachteilig beeinflusst hat.

Die deutsche Arbeiterklasse verteidigt heute mit Hingebung die Sache ihres Landes. Aber sie tut es nicht wegen der Haltung der herrschenden Gewalten, sondern trotz deren Haltung. Deutschland ist stark, weil sich trotz der Herrschaft reaktionärer Doktrinen und Gruppen die edeln Kräfte des Volkes durchgerungen, weil sie trotz alledem ihre schöpferische Gewalt in freie Neubildungen umgesetzt haben, die als die Elemente eines neuen Deutschtums dem Volks- und Staatsbegriff einen Inhalt gaben, der auch der Masse des Volkes würdig erscheint, Gut und Blut dafür zu opfern. Dieser Geist der Masse ist es, der des Landes Stärke ausmacht. Nie ist die lektzin entscheidende Bedeutung der Masse für das Bestehen der Nation so sinnfällig geworden, wie in diesem Kriege; wer sich in dieser Zeit nicht von der grundlegenden Bedeutung der Masse für die Stellung der Nationen in der Welt überzeugt hat, der wird nie davon zu überzeugen sein. Freilich muß man zugeben, daß Geist und Haltung der Masse niemals früher so ausschlaggebend für das Schicksal der Nationen gewesen sind wie heute. Die dumpfe und stumpfe, in blindem Gehorsam trottelnde Masse gehört für Deutschland auf immer der Vergangenheit an. Die kapitalistische Wirtschaft hat mit ihren Konsequenzen eine neue Masse geschaffen. Allgemeine Schulpflicht, Presse, Freizügigkeit, Organisationswesen und selbst die allgemeine Wehrpflicht haben der toten triebmäßig dahinlebenden Masse früherer Zeiten ein heißes Leben eingehaucht. Sie ist sozial und geistig in Bewegung gesetzt und durch Entwicklung und Willen aus einem Objekt zu einem Subjekt der Politik geworden. Zugleich hat der industriell-kommerzielle Wettbewerb der Völker untereinander auch einen gesteigerten politischen Wettbewerb entstehen lassen, in dem jedes Volk bestrebt sein muß, seine ganzen Kräfte und sein ganzes Können in die Wagschale zu werfen. Ein Staat, der es durch seine Politik verabsäumt, alle Kräfte seines Volkslebens für seine Ziele in der Welt wirksam zu machen, ein Staat, in dessen Innern der Konflikt zwischen Masse und Staatsgewalt gärt, muß in diesem Wettbewerb auf die Dauer unterliegen. Die zwiespältige Auffassung, die wir heute in der Arbeiterschaft sehen, der Widerspruch eines Teils der Bewegung gegen die Haltung der offiziellen Vertreter und Organe ist die

Folge der inneren deutschen Politik. Das sollten alle erkennen, die künftig in der Politik gestaltend tätig sein wollen. Es ist nicht das Verdienst der Regierenden, wenn dieser Widerspruch zu schwach ist, um sich durchzusetzen, es ist das Verdienst der aufbauenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung, die durch ihr wirtschaftliches und politisches Wirken jene Elemente eines neuen Deutschtums schufen, in denen die Masse heute das Stück deutscher Zukunft sieht, das ihr den Geist und die Kraft zum Durchhalten verleiht.

Soll die Zeit nach dem Kriege auch nur einen Teil der Wünsche unserer Staatskrieger erfüllen, so gibt es auf die Frage nach dem künftigen System der inneren Politik nur eine Antwort: das rückhaltlose Bekenntnis zu dem Grundsatz: Freiheit und Recht für alle Klassen! Findet man nicht den Mut zu einer solchen Politik, so ist dieser Krieg für das Volk umsonst geführt. Ein starkes Deutschland kann künftig nur ein freies Deutschland sein. Das ist die zweite Tatsache, die für die Gestaltung der Zukunft von allergrößter Bedeutung werden kann.

Dieser Ausblick auf den kommenden Frieden läßt uns die gewaltige Größe der Aufgaben unserer Bewegung wenn auch nicht in allen Einzelheiten erkennen, so doch aber im großen übersehen. Niemals hat die deutsche Arbeiterbewegung vor ähnlichen Aufgaben gestanden, niemals war ihr die geschichtliche Situation so günstig. Man würde das Wort von dem großen Augenblick, der ein kleines Geschlecht fand, niemals mit größerem Recht anwenden können, als auf die deutsche Arbeiterbewegung, wenn sie sich die Gunst der Stunde durch inneren Hader verschueren wollte.

